

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 42/2021

21. Oktober 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsische Staatskanzlei

Gemeinsame Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft sowie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung über die Gewährung von Beihilfen als Billigkeitsleistungen zur Beseitigung der Starkregen- und Hochwasserschäden 2021 (RL Starkregen- und Hochwasserschäden – beihilferelevante Billigkeitsleistungen 2021) vom 8. Oktober 2021 ..... 1310

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Begründung und Beendigung eines Beamtenverhältnisses vom 30. September 2021 ..... 1317

### Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Jahresabschluss des Freistaates Sachsen für das Haushaltsjahr 2021 (VwV Jahresabschluss 2021 – VwV JAB 2021) vom 1. Oktober 2021 ..... 1318

### Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020 vom 5. Oktober 2021 ..... 1321

### Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Maßnahmenkatalog des Freistaates Sachsen zur Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse bis 31. Dezember 2022 vom 24. August 2021 ... 1323

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage der Firma Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH am Standort Am Westufer 3, 04463 Großpösna Gz.: 44-8431/2407/5 vom 30. September 2021 ..... 1328

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Parthenaue Gz.: 20-2217/121/2 vom 7. Oktober 2021 ..... 1330

Satzung des Zweckverbandes Parthenaue Neufassung der Verbandssatzung vom 18. August 2021 ..... 1331

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die Widmung und Umstufung von Straßen in der Stadt Meerane, Landkreis Zwickau vom 29. September 2021 ..... 1335

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zur Ausschreibung von digital-terrestrischen Übertragungskapazitäten vom 5. Oktober 2021 ..... 1337

# **Sächsische Staatskanzlei**

## **Gemeinsame Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft sowie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung über die Gewährung von Beihilfen als Billigkeitsleistungen zur Beseitigung der Starkregen- und Hochwasserschäden 2021 (RL Starkregen- und Hochwasserschäden – beihilferelevante Billigkeitsleistungen 2021)**

**Vom 8. Oktober 2021**

### **A.**

#### **Zweck der Billigkeitsleistungen, Rechtsgrundlagen**

- I. Der Freistaat Sachsen gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage von § 53 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S352), in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach dem Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz 2021 vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) sowie der dazu ergangenen Verordnung über die Verteilung und Verwendung der Mittel des Fonds „Aufbauhilfe 2021“ (Aufbauhilfeverordnung 2021 vom 15. September 2021 [BGBl. I S. 4214]) und der Verwaltungsvereinbarung zur Aufbauhilfe 2021 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen vom 10. September 2021 auf Antrag Billigkeitsleistungen nach Maßgabe dieser Richtlinie.
- II. Zweck ist die Förderung der Beseitigung von Schäden, die durch das Starkregen- und Hochwasserereignis im Juli 2021 (im folgenden Schadensereignis) verursacht wurden, sowie der nachhaltige Wiederaufbau von baulichen Anlagen, Gebäuden, Gegenständen und öffentlicher Infrastruktur, die unmittelbar durch das Schadensereignis verursacht worden sind. Dies schließt auch Schäden durch wild abfließendes Wasser, Sturzflut, aufsteigendes Grundwasser, überlaufende Regenwasser- und Mischkanalisation sowie Hangrutsch ein, soweit sie jeweils unmittelbar durch das Schadensereignis verursacht worden sind. Dies gilt nicht für unmittelbar durch menschliches Versagen verursachte Schäden.
- III. Diese Richtlinie gilt für Billigkeitsleistungen, bei denen es sich um staatliche Beihilfen handelt und die nicht als De-minimis-Beihilfen gewährt werden. Für die damit nicht dieser Richtlinie zuzuordnenden Fälle können Billigkeitsleistungen nach der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021 vom 28. September 2021 (SächsABl. S. 1275) beantragt werden. Die beiden Richtlinien ergänzen sich demgemäß.
- IV. Die Richtlinie gilt daher für Billigkeitsleistungen, die nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der folgenden beihilferechtlichen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung geltend gemacht werden:
  1. Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit

bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, L 283 vom 27.9.2014, S. 65), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/1237 (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 39) geändert worden ist (nachfolgend Verordnung (EU) Nr. 651/2014 genannt),

2. der „Nationalen Rahmenrichtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft verursacht durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. Juni 2015 (BAz AT 31.08.2015 B4, nachfolgend Nationale Rahmenrichtlinie für die Land- und Forstwirtschaft), die auf der Grundlage der Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014 – 2020 (ABl. C 204 vom 1.7.2014, S. 1) ergangen ist und per Beschluss der Europäischen Kommission vom 29. Juni 2015 (SA.40354 [2014/N]), zuletzt verlängert per Beschluss vom 16. Dezember 2020 (SA.59238 [2020/N]), genehmigt wurde,
3. der Rahmenrichtlinie für den Fischerei-/Aquakultursektor (veröffentlicht unter der Internetadresse <https://www.portal-fischerei.de>), die auf der Grundlage der Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. C 217 vom 2.7.2015, S. 1) ergangen ist und per Beschluss der Europäischen Kommission vom 1. März 2018 (SA.49069 [2017/N]) genehmigt wurde.

- V. Die Leistungen werden als Billigkeitsleistungen gewährt. Es besteht kein Rechtsanspruch.
- VI. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## B.

### Gegenstand der Billigkeitsleistungen

- I. Gefördert werden im Sinne eines nachhaltigen Wiederaufbaus Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Schäden, bei denen durch direkte Einwirkung des Schadensereignisses bauliche Anlagen gemäß § 2 Absatz 1 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und Gegenstände beschädigt oder zerstört wurden oder verloren gingen. Diese Schäden können Sachschäden an Vermögenswerten wie Betriebsgelände, Gebäuden, Ausrüstungen, Maschinen oder Lagerbeständen, Infrastruktur sowie Einkommenseinbußen aufgrund einer vollständigen oder teilweisen Unterbrechung der Geschäftstätigkeit während eines Zeitraumes von höchstens sechs Monaten nach dem Schadensereignis umfassen.
- II. Für Träger öffentlicher Infrastruktur gilt Großbuchstabe D Ziffer I der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021 entsprechend.

## C.

### Voraussetzungen von Billigkeitsleistungen

- I. Die Billigkeitsleistungen setzen voraus, dass das Schadensereignis als Naturkatastrophe im Sinn der in Großbuchstabe A Ziffer IV aufgeführten beihilferechtlichen Grundlagen anerkannt ist, es natürlichen Ursprungs ist und ein direkter ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Schadensereignis und den Schäden, die dem betroffenen Unternehmen entstanden sind, besteht. Mit dem Schadensereignis ist eine solche Naturkatastrophe eingetreten.
- II. Es werden nur Schäden berücksichtigt, die aufgrund des Schadensereignisses in den Landkreisen Bautzen, Erzgebirgskreis, Görlitz, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Vogtlandkreis entstanden sind.
- III. Sofern die Voraussetzungen des Artikels 50 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erfüllt sind, wird von einem Anreizeffekt ausgegangen.
- IV. Schäden werden in der Regel nur ab einem Betrag von 5 000 Euro berücksichtigt. Für Träger öffentlicher Infrastruktur, die Empfänger der Billigkeitsleistungen nach Großbuchstabe D Ziffer I Nummer 3 dieser Richtlinie sind, sind in der Regel nur Schäden ab einem Betrag von 10 000 Euro förderfähig, es sei denn, es handelt sich um einen Verein oder um einen nichtkommunalen Träger von Bildungs-, Sport-, Kultur- und sonstigen Einrichtungen. Der Nachweis des entstandenen Schadens und der für dessen Beseitigung notwendigen Ausgaben für einen nachhaltigen Wiederaufbau sowie die Bestätigung der Durchführung der Maßnahmen erfolgt durch ein Gutachten, das von einem bei einer nationalen Behörde anerkannten unabhängigen Sachverständigen, wie beispielsweise einem Ingenieur oder Architekten, oder von einem Versicherungsunternehmen erstellt wird. Soweit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei und Aquakultur keine Wiederaufbaumaßnahmen beantragt werden, kann das Gutachten auf den Nachweis des entstandenen Schadens beschränkt werden.
- V. Die Förderung setzt die Bestätigung der zuständigen Gemeindeverwaltung voraus, dass das zur Förderung beantragte Objekt in einem von dem Schadensereignis im Juli 2021 betroffenen Gebiet liegt und eine Plausibilitätsprüfung keine Anhaltspunkte dafür ergeben hat, dass die im Antrag gemachten Angaben zur Schadenskausalität unzutreffend sind. Bei mehreren zu fördernden Objekten ist jeweils eine Gemeindebestätigung vorzulegen.
- VI. Der Antrag auf Förderung muss bei der Bewilligungsstelle bis zum 30. Juni 2023 eingegangen sein. Dem Antrag soll eine abschließende Stellungnahme des zuständigen Landkreises zur Notwendigkeit der für das Vorhaben erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen beigefügt werden. Die erforderlichen Genehmigungen, insbesondere
  1. bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben nach § 59 der Sächsischen Bauordnung,
  2. bei Vorhaben in einem förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, in der jeweils

- geltenden Fassung, eine entsprechende Genehmigung,
3. bei Kulturdenkmalen nach dem Sächsischen Denkmalschutzgesetz vom 3. März 1993 (SächsGVBl. S. 229), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung,
  4. bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben die was-serrechtliche Genehmigung nach dem Sächsischen Wassergesetz,
- sind gegebenenfalls nachzureichen.

VII. Der betroffene Betrieb oder Betriebsteil wird nach der Bewilligung im Freistaat Sachsen wieder aufgenommen und fortgeführt.

VIII. Für die Empfänger von Billigkeitsleistungen nach Großbuchstabe D Ziffer I Nummern 1 und 2 gelten die Regelungen unter Großbuchstabe B Ziffer III Nummern 1 bis 3 der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021.

#### D.

#### **Billigkeitsleistungen auf der Grundlage des Artikel 50 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014**

##### **I. Empfänger von Billigkeitsleistungen**

1. Empfänger der Billigkeitsleistungen sind, sofern sie Eigentümer des geschädigten Objektes oder durch Rechtsvorschriften oder Vertrag zur Beseitigung des Schadens verpflichtet sind
  - a) Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der freien Berufe, einschließlich der Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
  - b) Unternehmen der Ent- und Versorgungswirtschaft,
  - c) Unternehmen der Wohnungswirtschaft, einschließlich solcher mit kommunaler Beteiligung,
  - d) kommunale Gebietskörperschaften, soweit sie ihren Wohnungsbestand selbst verwalten,
  - e) Genossenschaften, gemeinnützige private Unternehmen und Stiftungen des Privatrechts,
  - f) Vereine und Träger klösterlicher Einrichtungen, Körperschaften im Sinne von § 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 244) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie jüdische Gemeinden.
2. Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der freien Berufe werden als Selbständige nur gefördert, wenn sie ihre Tätigkeit vor dem Hochwasser im Haupterwerb betrieben haben. Ausnahmsweise werden Betreiber von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, auch gefördert, wenn die Anlage nicht im Haupterwerb betrieben wird.
3. Empfänger der Billigkeitsleistungen sind auch kommunale Gebietskörperschaften, kommunale Zusammenschlüsse sowie nicht-kommunale Träger von Bildungs-, Sport-, Kultur- und sonstigen Infrastruktureinrichtungen, wie zum Beispiel freie Träger, nichtbundeseigene Nahverkehrsunternehmen und nichtbundeseigene

Schieneinfrastrukturunternehmen, sowie kommunale Aufgabenträger und deren Zusammenschlüsse nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen vom 14. Dezember 1995 (SächsGVBl. S. 412, 449), das zuletzt durch Artikel 36 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130, 145) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Empfänger von Billigkeitsleistungen können auch Unternehmen mit überwiegend kommunaler Beteiligung sein, soweit sie Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen, sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie Stiftungen des öffentlichen Rechts.

4. Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen oder Sektoren in den Fällen des Artikels 1 Absatz 2 bis 5 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014.

##### **II. Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistungen**

1. Form der Förderung  
Die Förderung wird als Billigkeitsleistung in Form eines Zuschusses in Höhe von bis zu 80 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten gewährt.  
Für denkmalpflegerischen Mehraufwand, der Vereinen, Trägern klösterlicher Einrichtungen, Körperschaften im Sinne von § 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes sowie jüdische Gemeinden entsteht, beträgt die Förderung bis zu 100 Prozent.  
Die Förderung von Maßnahmen für Infrastruktur im Sinne des Großbuchstabens D der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021 wird in Höhe von bis zu 100 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten gewährt. Sie reduziert sich für grundsätzlich versicherbare Objekte auf 90 Prozent, wenn nicht bis spätestens zum Zeitpunkt der Verwendungsnachweisprüfung nachgewiesen wird, dass eine Elementarschadenversicherung abgeschlossen wurde oder eine solche nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen abgeschlossen werden konnte.
2. Im Einzelfall können Billigkeitsleistungen in Höhe von bis zu 100 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten erfolgen, soweit dies erforderlich ist, um nach Sinn und Zweck der Richtlinie eine nicht anders abwendbare unbillige Härte zu vermeiden. Die Art, Höhe und Ausgestaltung der Förderung ist nach pflichtgemäßem Ermessen so zu bestimmen, dass die nicht anders abwendbare unbillige Härte auf das Maß einer zumutbaren Härte gemindert wird. Zur Entscheidung über unbillige Härten wird bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank eine Klärungsstelle eingerichtet. Dieser gehören Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der in Sachsen vertretenen Wohlfahrtsorganisationen an; die Fachressorts können verlangen, anlassbezogen einbezogen zu werden.
3. Bemessungsgrundlage
  - a) Die förderfähigen Kosten sind die Kosten, die durch die als direkte Folge des Schadensereignisses entstandenen Schäden verursacht wurden. Diese Schäden können Sachschäden an Vermögenswerten wie Gebäuden, Ausrüstungen, Maschinen oder Lagerbeständen sowie Einkommenseinbußen aufgrund einer vollständigen oder teilweisen Unterbrechung der Geschäftstätigkeit während eines Zeitraums von höchstens sechs Monaten nach dem Schadensereignis umfassen.
  - b) Der Sachschaden wird auf der Grundlage der Reparaturkosten oder des wirtschaftlichen Wertes des betroffenen Vermögenswerts vor dem Schadensereignis berechnet. Er darf nicht höher sein

als die Reparaturkosten oder die durch das Schadensereignis verursachte Minderung des Marktwerts, das heißt die Differenz zwischen dem Wert des Vermögenswerts unmittelbar vor dem Schadensereignis und seinem Wert unmittelbar danach.

- c) Die Einkommenseinbuße wird auf der Grundlage der Finanzdaten des betroffenen Unternehmens (Gewinn vor Zinsen und Steuern [EBIT], Abschreibungs- und Arbeitskosten ausschließlich in Bezug auf die von dem Schadensereignis betroffene Betriebsstätte) berechnet, indem die Finanzdaten für die sechs Monate unmittelbar nach dem Schadensereignis mit dem Durchschnitt von drei Jahren verglichen werden, die unter den fünf Jahren vor dem Schadensereignis (unter Ausschluss des Jahres mit dem besten und des Jahres mit dem schlechtesten Finanzergebnis) ausgewählt werden; die Einkommenseinbuße wird für denselben Sechsmonatszeitraum des Jahres berechnet.
  - d) Die Schäden werden auf der Ebene des einzelnen Beihilfeempfängers berechnet.
  - e) Die Kosten für die Erstellung des Gutachtens nach Großbuchstabe C Ziffer IV sind förderfähig.
  - f) Bei dem Ausgleich von Sachschäden ist der Wert der eigenen Arbeitsleistung grundsätzlich keine förderfähige Ausgabe, es sei denn die Eigenleistung wurde oder wird bei dem Unternehmen in der jeweiligen Bilanz als Herstellungskosten aktiviert.
  - g) Nicht förderfähig sind
    - aa) für Unternehmen die in Großbuchstabe B Ziffer IV Nummer 2 Buchstabe h der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021 aufgeführten Schäden,
    - bb) für Vereine und Träger klösterlicher Einrichtungen, Körperschaften im Sinne von § 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes sowie jüdische Gemeinden die Ausgaben für Schäden nach Großbuchstabe C Ziffer IV Nummer 3 der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021,
    - cc) für Träger öffentlicher Infrastruktur die Ausgaben für Schäden nach Großbuchstabe D Ziffer IV Nummer 2 Buchstabe c der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021.
  - h) Die Billigkeitsleistungen und sonstigen Ausgleichszahlungen für die Schäden, einschließlich Versicherungsleistungen, dürfen zusammen 100 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten nicht überschreiten.
  - i) Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.
4. Sonstige Bestimmungen
- a) Kumulierung  
Auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen. Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität alternativ der höchste nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.

- b) Für Empfänger von Billigkeitsleistungen nach Großbuchstabe D Ziffer I Nummer 3 gelten, soweit sie als Träger öffentlicher Infrastruktur Schäden geltend machen, ergänzend die Regelungen unter Großbuchstabe D, Ziffer III, Nummer 1 Buchstabe a und 2, Ziffer IV Nummer 2 Buchstabe d und Ziffer V der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021.

- c) Im Übrigen gelten die sonstigen Bestimmungen unter Großbuchstabe F Nummer 3 bis 9, Nummer 10 Satz 1 bis 3 und Nummern 11 bis 13 der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021.

## E.

### **Billigkeitsleistungen für Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei und Aquakultur**

Für die Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft werden die Billigkeitsleistungen auf der Grundlage der Nationalen Rahmenrichtlinie für die Land- und Forstwirtschaft erbracht. Für die Unternehmen des Fischerei- und Aquakultursektors sind die Vorgaben der Rahmenrichtlinie für den Fischerei-/Aquakultursektor einschlägig. Die Vorgaben der einschlägigen Rahmenrichtlinien sind vorrangig zu beachten.

#### **I. Empfänger von Billigkeitsleistungen**

1. Empfänger der Billigkeitsleistungen sind natürliche und juristische Personen, Personengesellschaften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
  - a) der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich der Imkerei und Wanderschäfferei sowie Sonderkulturbetriebe sowie
  - b) der Binnenfischerei und Aquakultur, sofern sie Eigentümer, Besitzer oder sonstige dingliche Nutzungsberechtigte oder Pächter land- oder forstwirtschaftlicher Flächen einschließlich Sonderkultur- und Teichflächen sind.
2. Als Empfänger der Billigkeitsleistungen im Bereich der Forstwirtschaft sind auch forstliche Zusammenschlüsse im Sinne des Bundeswaldgesetzes vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie private und körperschaftliche Waldbesitzer zugelassen.
3. Nicht gefördert werden Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 Prozent des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt.
4. Unternehmen, die einer Rückforderung auf Grund einer Rückforderungsanordnung auf Grund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet haben, sind von den Billigkeitsleistungen ausgeschlossen.
5. Für Unternehmen der Fischerei und Aquakultur gilt ergänzend, dass
  - a) eine Förderung von Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1) ausgeschlossen ist, es sei denn, die Schwierigkeiten sind auf das Schadensereignis zurückzuführen,

- b) Unternehmen der Fischerei- und Aquakultur die Vorschriften der Gemeinsamen Fischerei Politik (GFP) über einen Zeitraum von fünf Jahren nach der Abschlusszahlung wahren müssen.

Verstoßen die Begünstigten im Fall von Satz 1 Buchstabe b innerhalb des genannten Zeitraumes gegen Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 508/2014, haben sie die Billigkeitsleistungen in voller Höhe zurückzuzahlen.

## II. Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistungen

### 1. Form der Förderung

Die Förderung wird als Billigkeitsleistung in Höhe von bis zu 80 Prozent der ausgleichsfähigen Kosten in Form eines Zuschusses gewährt.

2. Im Einzelfall kann eine Billigkeitsleistung in Höhe von bis zu 100 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten erfolgen, soweit dies erforderlich ist, um nach Sinn und Zweck der Richtlinie eine nicht anders abwendbare unbillige Härte zu vermeiden. Die Art, Höhe und Ausgestaltung der Förderung ist nach pflichtgemäßem Ermessen unter Beachtung der beihilferechtlichen Vorgaben so zu bestimmen, dass die nicht anders abwendbare unbillige Härte auf das Maß einer zumutbaren Härte gemindert wird. Zur Entscheidung über unbillige Härten wird bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – eine Klärungsstelle eingerichtet. Dieser gehören Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der in Sachsen vertretenen Wohlfahrtsorganisationen an; die Fachressorts können verlangen, anlassbezogen einbezogen zu werden.

### 3. Bemessungsgrundlage

- a) Ein Ausgleich wird gewährt für die durch das außergewöhnliche Naturereignis unmittelbar verursachten Schäden an
- aa) Anlagevermögen und an land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzflächen und Infrastruktur, vor allem an Grundstücken, baulichen Anlagen, Gebäuden, maschinellen Anlagen und sonstigen betriebsnotwendigen Einrichtungsgegenständen,
  - bb) Vorräten des Umlaufvermögens, zum Beispiel Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Leistungen sowie
  - cc) Kulturen, Tieren sowie an Wald- und Fischbeständen.
- b) Für die Berechnung der Schäden gelten Nummer 3.3 der Nationalen Rahmenrichtlinie für die Land- und Forstwirtschaft bzw. Nummer 3.1 der Rahmenrichtlinie für den Fischerei-/Aquakultorsektor.
- c) Unter Schäden fallen insbesondere:
- aa) der Verlust, die Zerstörung, die Beschädigung und die Kontamination von land- und forstwirtschaftlichen einschließlich für den Sonderkulturanbau genutzten Wirtschaftsgütern wie Betriebsgebäuden, Betriebsvorrichtungen, Maschinen, technischen Einrichtungen, Anlagen und Geräten, darunter auch im Innen- und Außenbetrieb genutzte Spezialgeräte und -maschinen sowie Pflanzenbefestigungsanlagen, Flächen, Tierbeständen, Betriebsmitteln, Vorräten und Lagerbeständen an erzeugten Produkten,
  - bb) die Beräumung von Produktions- und Gebäudeflächen sowie die Instandsetzung von Versorgungswegen,

- cc) Aufwuchsschäden auf land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen einschließlich Sonderkulturlflächen und Schäden durch nicht mögliche Aussaat oder Anpflanzung,
- dd) Schäden an land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die im Interesse des Naturschutzes bewirtschaftet werden (zum Beispiel gesetzlich geschütztes Grünland, Vertragsnaturschutzflächen, Ausgleichsflächen, Streuobstbestände), Ernteaufschlagschäden bei Sonderkulturen im Ertrag, insbesondere nach der Anpflanzung und bei der Kontamination von Trauben am Stock,
- ee) Schäden an Fischbeständen (Speise- und Besatzfische) in der Aquakultur, Lagerbeständen von Fischereierzeugnissen, Vorräten (zum Beispiel Futtermittel), Fanggeräten und Booten,
- ff) Schäden an Forstkulturen sowie am aufstockenden Bestand,
- gg) Schäden an land- und forstwirtschaftlicher Wegeinfrastruktur einschließlich Trockenmauern und Bewässerungsanlagen sowie Entwässerungsanlagen und Drainagen,
- hh) Evakuierungskosten sowie Kosten für Maßnahmen zur unmittelbaren Abwehr von durch das Hochwasser und Starkregen bedingten Gefahren,
- ii) In zwingenden Fällen können die Kosten für dringend erforderliche temporäre Maßnahmen erstattet werden.

Entschädigt werden auch Wiederherstellungsaufwendungen sowie Nebenkosten der Schadensermittlung, wie zum Beispiel Gutachterkosten nach Großbuchstabe C Ziffer IV dieser Richtlinie sowie Kosten im Zusammenhang mit betrieblich notwendigen Genehmigungsverfahren.

- d) Die Schäden werden auf der Ebene des einzelnen Begünstigten berechnet.
- e) Der Sachschaden wird auf der Grundlage der Reparaturkosten oder des wirtschaftlichen Wertes des betroffenen Vermögenswerts vor dem Schadensereignis berechnet. Er darf nicht höher sein als die Reparaturkosten oder die durch das Schadensereignis verursachte Minderung des Marktwerts, das heißt die Differenz zwischen dem Wert des Vermögenswerts unmittelbar vor dem Schadensereignis und seinem Wert unmittelbar danach.
- f) Für die Berechnung der Einkommenseinbußen gelten nachfolgende Regelungen:
- aa) für Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärerzeugung: Nummer 3.1 Absatz 2 der Nationalen Rahmenrichtlinie für die Land- und Forstwirtschaft,
  - bb) für Unternehmen der Fischerei und Aquakultur: Nummer 3.1 Absatz 4 der Rahmenrichtlinie für den Fischerei-/Aquakultorsektor.
- Für die Berechnung der Wiederherstellungskosten in der Forstwirtschaft gelten die Vorgaben der Nummer 3.2 der Nationalen Rahmenrichtlinie für die Land- und Forstwirtschaft.
- g) Bei dem Ausgleich von Sachschäden ist der Wert der eigenen Arbeitsleistung grundsätzlich keine förderfähige Ausgabe, es sei denn die Eigenleistung wurde oder wird bei dem Unternehmen in der jeweiligen Bilanz als Herstellungskosten aktiviert.“

### 4. Sonstige Bestimmungen

- a) Eintrittsschwelle
- Für forstwirtschaftliche Unternehmen werden Beihilfen nur gewährt, wenn das Ereignis zu einer Zerstörung von mindestens 20 Prozent des forst-

wirtschaftlichen Potenzials des betreffenden forstwirtschaftlichen Unternehmens geführt hat.

b) **Versicherbarkeit von Schäden**

Bei Schäden von Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärerzeugung wird der berechnete Ausgleichsbetrag um 50 Prozent gekürzt, soweit das Unternehmen keine Versicherung abgeschlossen hat, die die häufigsten klimatischen Risiken und mindestens 50 Prozent der durchschnittlichen Jahreserzeugung oder der durchschnittlichen Jahreseinnahme des betroffenen Produktionsverfahrens abdeckt. Von der Kürzung kann abgesehen werden, wenn nachweislich für ein bestimmtes klimatisches Risiko kein beziehungsweise kein erschwinglicher Versicherungsschutz angeboten wurde.

c) **Vermeidung von Überkompensation**

Die Unterstützung darf nicht zu einer Überkompensation des Gesamtschadens führen. Leistungen Dritter, insbesondere Spenden und Versicherungsleistungen, haben dem Grunde und der Höhe nach – auch bei nachträglichem Hinzutritt – Vorrang vor einer Förderung nach dieser Richtlinie. Insbesondere Versicherungsleistungen müssen vollständig in Anspruch genommen werden. Leistungen Dritter sowie aufgrund des außergewöhnlichen Ereignisses nicht entstandene Kosten sind vom Gesamtschaden abzuziehen.

d) **Kumulierung**

Die nach Ziffer V gewährten Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimm- bare beihilfefähige Kosten betreffen.

e) **Im Übrigen gelten die sonstigen Bestimmungen unter Großbuchstabe F Nummer 4 bis 7, 9 und 12 der RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Bil- ligkeitsleistungen 2021.**

**F.  
Verfahren**

- I. Für das Verfahren gelten die Regelungen unter Groß- buchstabe G der RL Starkregen- und Hochwasserschä-

den-Bil ligkeitsleistungen 2021 sowie die nachfolgenden Bestimmungen.

- II. Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500 000 Euro werden gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buch- stabe c in Verbindung mit Anhang III Verordnung (EU) Nr. 651/2014 auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht.
- III. Entsprechende Transparenzpflichten gelten bei Über- schreiten der folgenden Schwellenwerte für Leistungen nach Großbuchstabe E auf der Grundlage der jeweils einschlägigen beihilferechtlichen Grundlage:
1. 60 000 Euro für Unternehmen der landwirtschaftli- chen Primärerzeugung,
  2. 500 000 Euro für Unternehmen der Forstwirtschaft sowie
  3. 30 000 Euro für Unternehmen der Fischerei- und Aquakultur.
- IV. Die Leistungen nach Großbuchstabe E sind inner- halb von maximal vier Jahren nach dem Schadereig- nis ausbezahlen bzw. im Fall der Billigkeitszahlungen auf Grundlage des Artikels 50 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zu gewähren.

**G.  
Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Artikel 50 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gilt bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024. Die Na- tionale Rahmenrichtlinie für die Land- und Forstwirtschaft gilt bis zum 31. Dezember 2022, die Rahmenrichtlinie für den Fischerei-/Aquakultursektor bis zum 31. Dezember 2023. Nach Ablauf dieser Fristen sind gegebenenfalls Anpassun- gen der Richtlinie erforderlich, um die dann geltenden bei- hilferechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Dresden, den 8. Oktober 2021

Der Ministerpräsident  
Michael Kretschmer

Der Staatsminister des Innern  
Prof. Dr. Roland Wöllner

Der Staatsminister der Finanzen  
Hartmut Vorjohann

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung  
Katja Meier

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

Der Staatsminister für Wissenschaft  
Sebastian Gemkow

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus  
Barbara Klepsch

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Petra Köpping

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Wolfram Günther

Der Staatsminister für Regionalentwicklung  
Thomas Schmidt



**Sächsisches Staatsministerium des Innern**

**Verwaltungsvorschrift**  
**des Sächsischen Staatsministeriums des Innern**  
**zur Änderung der Verwaltungsvorschrift**  
**zur Begründung und Beendigung eines Beamtenverhältnisses**

**Vom 30. September 2021**

Auf Grund des § 165 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 318) geändert worden ist, wird bestimmt:

1.

Die VwV Begründung und Beendigung eines Beamtenverhältnisses vom 11. November 2019 (SächsABl. S. 1663), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 339), wird wie folgt geändert:

1. Der Klammerzusatz in der Überschrift wird wie folgt gefasst:  
„(VwV Beamtenverhältnis)“.
2. Der Ziffer I Nummer 5 wird folgender Buchstabe c angefügt:  
„c) Für die Feststellung, ob unveränderliche Merkmale des Erscheinungsbilds gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes mit den Pflichten aus § 34 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes vereinbar sind, ist nicht allein auf die konkret vorgesehene Funktion, sondern auf die insgesamt dieser Laufbahn zugeordneten Funktionen abzustellen. Die Feststellung ist vor jeder Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf, Probe oder Lebenszeit zu treffen. Ziffer I Nummer 7 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.“
3. Ziffer VI Nummer 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Buchstabe a Doppelbuchstabe bb wird die Angabe „§§ 51, 52“ durch die Angabe „§§ 48, 51, 52“ ersetzt.
  - b) In Buchstabe b wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und die Wörter „soweit die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag erfolgt.“ angefügt.
4. In Ziffer X Nummer 2 werden die Wörter „eingeschränkten Verwendung“ durch die Wörter „Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit“ ersetzt.
5. Die Anlage 4 wird wie folgt geändert:
  - a) Die Erklärung wird wie folgt gefasst:  
„Erklärung“
    1. Aufgrund dieser Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die vorstehenden Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen sowie die verfassungsmäßigen staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland

und ihrer Länder ohne innere Distanz bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu ihnen zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.

2. Ich versichere ausdrücklich, dass ich
  - Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen oder gegen eines ihrer oben genannten grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht verfolge oder unterstütze und auch in den letzten fünf Jahren nicht verfolgt oder unterstützt habe,
  - nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation oder Gruppierung bin oder in den letzten fünf Jahren war, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen oder gegen eines ihrer oben genannten grundlegenden Prinzipien gerichtet ist, oder
  - nicht als Teil einer Gruppierung, Organisation oder als Einzelperson die staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Länder in den letzten fünf Jahren insgesamt in Frage gestellt habe.
3. Mir ist bekannt, dass meine Ernennung mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde (§ 12 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes), insbesondere durch eine wahrheitswidrige Erklärung nach Ziffer 1 und 2 dieser Erklärung.
4. Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich bei einem Verstoß gegen die Dienst- und Treuepflichten mit einer Entfernung aus dem Dienstverhältnis oder mit einer Entlassung rechnen muss.

.....  
Ort, Datum                      Unterschrift“

- b) Es wird folgende Fußnote angefügt:  
„<sup>1)</sup> Es steht dem Bewerber frei, die Erklärung in geeigneter Weise zu ergänzen, wenn er sich aus tatsächlichen Gründen außerstande sieht, diese in allen Punkten zu unterschreiben.“

## II. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 30. September 2021

Der Staatsminister des Innern  
Prof. Dr. Roland Wöllner

# Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

## Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Jahresabschluss des Freistaates Sachsen für das Haushaltsjahr 2021 (VwV Jahresabschluss 2021 – VwV JAB 2021)

Vom 1. Oktober 2021

Gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 25.1.1 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 71 der Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 352), gelten für den Jahresabschluss 2021 folgende Bestimmungen:

### I.

#### Abschluss der Kassenbücher

1. Die Kassenbücher des Freistaates Sachsen für das Haushaltsjahr 2021 sind von den staatlichen Kassen **am letzten Arbeitstag des Jahres 2021** abzuschließen.
2. Das Staatsministerium der Finanzen kann bei bestimmten Haushaltsstellen, soweit es wegen eines Abgleichs mit dem Bund erforderlich ist, auf Antrag der Ressorts einen früheren Abschlusstag festlegen.
3. Die Hauptkasse erhält wegen des Abschlusses ihrer Bücher vom Staatsministerium der Finanzen eine gesonderte schriftliche Mitteilung.

### II.

#### Vorlage der Abschlussnachweisungen

1. Die Abschlussnachweisungen für den Monat Dezember 2021 sind von den Kassen **spätestens bis 5. Januar 2022** der Hauptkasse vorzulegen.
2. Um sicherzustellen, dass alle Rechnungsunterlagen übereinstimmen, ist folgende Bescheinigung auf der Abschlussnachweisung gemäß Nummer 26 der Verwaltungsvorschrift zu § 71 der Sächsischen Haushaltsordnung – durch die Kassenleiter und Leiter der Sach- (Aufgaben-)gebiete Buchführung sowie die Sachgebietsleiter Kassenaufsicht unterzeichnet – beizufügen:  
*„Die Richtigkeit und Vollständigkeit der abgerechneten Titelbücher wird bescheinigt. Es wird bestätigt, dass keine weiteren Buchungen im abgerechneten Zeitraum vorgenommen wurden.“*  
Die Hauptkasse fügt diese Bescheinigung nach Abschluss ihrer Bücher der Abschlussnachweisung ihres

letzten Monatsabschlusses bei und erklärt ergänzend dazu, dass die Bescheinigungen der ihr nachgeordneten Kassen vorliegen.

3. Die von der Hauptkasse und der Landesjustizkasse maschinell erstellten Sachbuchdateien sind spätestens zu dem in Ziffer II. Nummer 1 genannten Termin dem Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste, Landesrechnungszentrum Steuern zu übersenden.

### III.

#### Annahme von Kassenanordnungen

Grundsätzlich sind haushaltswirksame Auszahlungsanordnungen sowie haushaltswirksame Umbuchungsanordnungen für das Haushaltsjahr 2021 den Kassen so frühzeitig zuzuleiten, dass sie bei diesen bis

**spätestens 13. Dezember 2021**

eingehen.

Unter „haushaltswirksamen Umbuchungen“ werden Umbuchungen verstanden, die

- a) einerseits eine Haushaltsbuchungsstelle und andererseits eine Vorschuss-, Verwahrbuchungsstelle oder eine Buchungsstelle des Sonderbuchungsabschnittes oder
- b) auf der einen Seite die Einnahmenseite, auf der anderen Seite die Ausgabenseite ansprechen.

Umbuchungen nur zwischen Einnahmetiteln oder nur zwischen Ausgabetiteln (Titelberichtigungen) können bis zum 29. Dezember 2021 den Kassen direkt zugeleitet werden.

Für ausnahmsweise nach dem 13. Dezember 2021 angeordnete haushaltswirksame Auszahlungen/haushaltswirksame Umbuchungen gilt folgende Verfahrensweise:

- a) Anordnungen mit einem Betrag ab 200 000 Euro sind mit einem gesonderten Antrag durch die zuständige oberste Staatsbehörde einzureichen. Der Antrag ist mit dem dafür vorgesehenen Formblatt (Anlage) und notwendigen weiteren Anlagen (zum Beispiel Scan der Original-Kassenanordnung) dem Staatsministerium der Finanzen/Referat 21 (ausschließlich per E-Mail an [Haushaltsvollzug@smf.sachsen.de](mailto:Haushaltsvollzug@smf.sachsen.de)) zu übersenden. Die Original-Kassenanordnungen sind den Kassen mit einem Hinweis auf den Antrag an das SMF direkt zuzuleiten.
- b) Anordnungen mit einem Betrag unter 200 000 Euro sind den Kassen direkt zuzuleiten.
- c) Unabhängig von der Betragshöhe können nach dem 21. Dezember 2021 eingehende Anordnungen und Anträge nicht mehr berücksichtigt werden.

Für Auszahlungen von Abschlägen aus dem Bezügeabrechnungsverfahren sowie für haushaltswirksame Umbuchungen bei Personalausgaben im Bezügebereich (zum Beispiel 13. Lauf Besoldung, Bereinigung von Differenzbuchungen aus dem Zahltag 12/2021) gilt für das Landesamt für Steuern und Finanzen eine Ausnahmegenehmigung zu den vorgenannten Vorschriften als erteilt.

#### IV.

##### **Verwendungen und Vorschüsse**

1. Verwendungen und Vorschüsse sind möglichst vor Schluss des Haushaltsjahres abzuwickeln (§ 60 der Sächsischen Haushaltsordnung in Verbindung mit Nummer 4.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 70 der Sächsischen Haushaltsordnung).
2. Besoldungs-, Versorgungs- und ähnliche Ausgaben für das Haushaltsjahr 2022, die wegen ihrer Fälligkeit vor dem 1. Januar 2022 geleistet werden müssen, sind zunächst im Dezember 2021 als Vorschuss zu buchen. Im Januar 2022 sind sie in das Titelfach des neuen Haushaltsjahres zu übernehmen (umzubuchen). Dies gilt auch für sonstige Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022, die in den ersten Januartagen 2022 fällig werden, jedoch wegen der rechtzeitigen Leistung noch im Dezember 2021 gezahlt werden müssen.

#### V.

##### **Sonderbuchungsabschnitt**

Bei den im Sonderbuchungsabschnitt (zum Beispiel Sondervermögen, Rücklagen, Hochschulen) geführten Beständen werden zum Jahresabschluss die Einnahmen und Ausgaben saldiert.

Die Salden werden auf festgelegte Titel des entsprechenden Kapitels gebucht – positive Salden auf Titel 380 49, negative Salden auf Titel 980 49 – unter Verwendung der jeweiligen Anordnungsstellennummer.

Zu beachten ist, dass nach dem 31. Dezember 2021 grundsätzlich keine Buchungen für das abgelaufene Haushaltsjahr durchgeführt werden können.

#### VI.

##### **Behandlung von Unrichtigkeiten beim Jahresabschluss (Titelverwechslungen, Buchungen im falschen Haushaltsjahr)**

Das Verfahren zur Berichtigung des Jahresabschlusses gemäß Nummer 2.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 35 der Sächsischen Haushaltsordnung, Nummer 27 der Verwaltungsvorschrift zu § 71 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie § 72 Absatz 3 der Sächsischen Haushaltsordnung kann

##### **bis längstens 11. Januar 2022**

nur noch bei der Hauptkasse des Freistaates Sachsen vorgenommen werden. Dabei ist von der Berichtigung von Bagatelldfällen – soweit die Beeinträchtigung im neuen Haushaltsjahr nicht fortbesteht – grundsätzlich abzusehen.

Wird mit den Berichtigungsbuchungen der Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht verändert, können die Umbuchungsanordnungen direkt zur Hauptkasse des Freistaates Sachsen gegeben werden. Das Staatsministerium der Finanzen ist durch die Hauptkasse des Freistaates Sachsen von den Buchungen zu unterrichten.

Sind saldenverändernde Anordnungen oder Umbuchungen zwischen den Haushaltsjahren notwendig, ist die vorherige Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen erforderlich. Die Kassenanordnungen für diese Korrekturbuchungen sind mit dem Antrag auf Ausnahmegenehmigung (Anlage) dem Staatsministerium der Finanzen/Referat 21 als Scan per E-Mail an [Haushaltsvollzug@smf.sachsen.de](mailto:Haushaltsvollzug@smf.sachsen.de) bis spätestens zum 11. Januar 2022 zuzuleiten. Die Original-Kassenanordnungen sind direkt an die Hauptkasse mit einem Hinweis auf den Antrag an das SMF zu übersenden.

#### VII.

##### **Bewirtschaftung von Bundesmitteln**

Bei der Bewirtschaftung von Bundesmitteln sind die Bestimmungen des Bundes zum Jahresabschluss zu beachten.

#### VIII.

##### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die VwV Jahresabschluss 2020 vom 23. September 2020 (SächsABl. S. 1176) am 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Dresden, den 1. Oktober 2021

Der Staatsminister der Finanzen  
Hartmut Vorjohann

**Anlage**  
(zu Ziffer III und VI)

An  
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen  
Referat 21

**Antrag auf Ausnahmegenehmigung für**

**Auszahlungs-/Umbuchungsanordnung HÜL-Nr. ....** (beigefügt)

**Bei Anordnung über MBS Dateiname: .....**

**Kapitel ..... Titel ..... Betrag ..... EUR**

**Zweckbestimmung .....**

.....

.....  
Ressort

.....  
Datum

Für die o. g. Anordnung beantrage ich nach Ziffer III bzw. VI der VwV Jahresabschluss 2021, dass diese für die Rechnung des Haushaltsjahres 2021 gebucht wird.

**Begründung:**

.....  
Beauftragter für den Haushalt (Ressort)

**Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Durchwahl):**

Weiter an Spiegelreferat

.....  
Datum / Signum Ref. 21

Zurück an  
Referat 21

.....  
Datum

**Stellungnahme**

Ausnahme nach Ziffer III bzw. VI der VwV JAB 2021 wird im o. g. Fall

☐ befürwortet.  
☐ nicht befürwortet.

**Begründung:**

.....  
RL Spiegelreferat

**Entscheidung**  
über die Buchung im Haushalt 2021

- ☐ Zahlung/Umbuchung ist auszuführen  
☐ Zahlung/Umbuchung ist nicht auszuführen

.....  
RL 21

Antrag mit/ohne Kassenanordnung  
übergeben an

- ☐ Hauptkasse  
☐ Spiegelreferat

.....  
SB Ref. 21

# **Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020**

**Vom 5. Oktober 2021**

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und wird auch im Freistaat Sachsen umgesetzt. Dazu werden im Förderzeitraum 2014 bis 2020 über den ESF beschäftigungspolitisch wirksame Vorhaben zur Förderung folgender thematischer Ziele mittels Zuschüssen unterstützt:

- Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung,
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Umsetzung der Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF-Förderrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender Investitionsprioritäten:

- Selbstständigkeit, Unternehmergeist und Gründung von Unternehmen, einschließlich von innovativen Kleinstunternehmen sowie innovativen kleinen und mittleren Unternehmen,
- Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen und Unternehmer an den Wandel,
- Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit und aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Verringerung und Verhütung des vorzeitigen Schulabbruchs und Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung, darunter (formale, nicht formale und informale) Bildungswege, mit denen eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung ermöglicht wird,
- Verbesserung der Qualität und Effizienz von, und Zugang zu, Hochschulen und gleichwertigen Einrichtungen zwecks Steigerung der Zahl der Studierenden und der Abschlussquoten, insbesondere für benachteiligte Gruppen,
- Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Erleichterung des Übergangs von der Bildung zur Beschäftigung und Stärkung der Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung und deren Qualität, unter anderem durch Mechanismen für die Antizipation des Qualifikationsbedarfs, die Erstellung von Lehrplänen sowie die Einrichtung und Entwicklung beruflicher Bildungssysteme, darunter duale Bildungssysteme und Ausbildungswege.

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der

nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Beachtung der Auswirkungen des demografischen Wandels sind Grundsätze der ESF-Förderung, die bei der Konzipierung und Umsetzung der ESF-Vorhaben zu berücksichtigen sind. Soziale Innovation und transnationale Zusammenarbeit stellen Querschnittsaufgaben dar, die vorhabensbezogen die Ziele des ESF unterstützen können.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die

Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)

Pirnaische Straße 9

01069 Dresden

Telefon 0351 4910-4930

Telefax 0351 4910-4000

E-Mail: [servicecenter@sab.sachsen.de](mailto:servicecenter@sab.sachsen.de)

Internet: [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF-Förderrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die Fördermöglichkeiten in den jeweiligen Vorhabensbereichen näher erläutern. Informationen zur Beachtung der Grundsätze und Querschnittsaufgaben des ESF werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen fachspezifischen Förderrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder ein Wettbewerbsverfahren mit Stichtagen. Darüber hinaus kann ein zweistufiges Antragsverfahren zugelassen sein, bei welchem bereits Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen werden, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Des Weiteren können Stellungnahmen von Fachstellen hinzugezogen werden, um die Bewilligungsstelle zu beraten.

Die Bewertung erfolgt mindestens nach folgenden Kriterien, die präzisiert und ergänzt werden können. Diese fließen mit der angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
  - Ausgangssituation, Bedarf
  - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
  - konkrete Zielbeschreibung
  - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
  - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer

- Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
  - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
- Beschreibung der Arbeitspakete
  - Beschreibung der Methoden
  - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
  - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
  - Verantwortlichkeiten
  - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
  - Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
  - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
- Benennung zu erwartender Ergebnisse
  - Dokumentation der Ergebnisse
  - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
  - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
  - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
  - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
  - Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zu den ESF-Grundsätzen

- Umwelt- und Ressourcenschutz
  - Gleichstellung von Frauen und Männern
  - Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung
- erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung der Grundsätze (Umwelt- und Ressourcenschutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung) beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt.

Bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden außerdem Vorhaben, die die Umsetzung der Querschnittsaufgaben:

- Soziale Innovation
  - Transnationale Zusammenarbeit
- beinhalten.

Sofern eine positive Stellungnahme der lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben der lokalen Entwicklung vorliegt, wird diese berücksichtigt. Die Antragsstellen in den anerkannten LEADER-Gebieten finden Sie hier:  
<https://www.smul.sachsen.de/foerderung/3663.htm>

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien ESF-Auswahlverfahrens im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 5. Oktober 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Marth  
Referatsleiterin

# **Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft**

## **Maßnahmenkatalog des Freistaates Sachsen zur Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse bis 31. Dezember 2022**

**Vom 24. August 2021**

### **1. Einleitung**

Mit diesem Maßnahmenkatalog wird im Freistaat Sachsen Teil II Titel I Kapitel II Abschnitt 5 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 in Verbindung mit der Delegierten Verordnung (EU) 2015/1366, in der jeweils geltenden Fassung, im Sinne eines Imkereiprogrammes umgesetzt.

Der Maßnahmenkatalog beschreibt die Maßnahmen, die anwendbaren Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie die Durchführungsbestimmungen einschließlich der zuständigen Kontaktstelle und regelt die Zuwendungsvoraussetzungen, Finanzierung, Durchführung, Kontrolle und Sanktionierung sowie die Begleitung und Bewertung im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse.

### **2. Allgemeine Angaben**

#### **2.1 Rechtsgrundlagen**

- Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2220 vom 23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1) geändert worden ist,
- Delegierte Verordnung (EU) 2015/1366 der Kommission vom 11. Mai 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einer Beihilfe im Bienenzuchtsektor (ABl. L 211 vom 8.8.2015, S. 3),
- Durchführungsverordnung (EU) 2015/1368 der Kommission vom 6. August 2015 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Beihilfe im Bienenzuchtsektor (ABl. L 211 vom 8.8.2015, S. 9), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/166 vom 10. Februar 2021 (ABl. L 48 vom 11.2.2021, S. 1) geändert worden ist,
- Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom

20.12.2013, S. 549), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2220 vom 23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1) geändert worden ist,

- Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/967 vom 26. April 2016 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 2) geändert worden ist,
- Honigverordnung vom 16. Januar 2004 (BGBl. I S. 92), die zuletzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2272) geändert worden ist,
- Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft/Forsten/Genetik vom 8. August 2013 (SächsGVBl. S. 757), die zuletzt durch die Verordnung vom 21. Dezember 2020 (SächsGVBl. 2021 S. 153) geändert worden ist,
- Dienstanweisung der EU-Zahlstelle zur Umsetzung von Maßnahmen des Freistaates Sachsen zur Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse in der jeweils geltenden Fassung.

#### **2.2 Laufzeit**

Der Maßnahmenkatalog gilt für den Zeitraum vom 1. August 2019 bis 31. Dezember 2022.

#### **2.3 Ziele des Imkereiprogrammes**

Die Bienenhaltung im Freistaat Sachsen zeichnet sich durch eine Vielfalt an Erzeugungsbedingungen und Erträgen aus. Die hobby- und freizeitmäßig betriebene Imkerei mit durchschnittlich neun Bienenvölkern dominiert.

Das Ziel des Maßnahmenkataloges für den Freistaat Sachsen ist die Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse sowie der Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Honigs. Insbesondere sollen das Angebot und die Qualität des heimischen Honigs gefördert werden. Außerdem sind die Bestäubungsleistungen der Honigbienen als wichtiger Beitrag zur Ertragssicherheit landwirtschaftlicher Nutzpflanzen und der Beitrag der Imkerei zur Biodiversifizierung zu unterstützen. In Anbetracht der Ausbreitung der Varroose während der letzten Jahre und der Schwierigkeiten, die diese Krankheit für die Honigerzeugung mit sich bringt, sind weiterhin Maßnahmen zur Eindämmung und kontinuierlichen Bekämpfung erforderlich.

Mit der Untersuchung von Bienenzuchterzeugnissen in Analyselabors sollen die Imker bei der Vermarktung und Wertsteigerung ihrer Erzeugnisse unterstützt werden.

## 2.4 Verzeichnis der repräsentativen Organisationen und Genossenschaften

Ein Verzeichnis der repräsentativen Organisationen und Genossenschaften in der Bienenwirtschaft liegt dem Nationalen Dreijahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland als Anlage bei.

Förderfähige Antragsteller sind der Landesverband Sächsischer Imker e.V., der Landesverband Sächsischer Buckfastimker e.V., die Sächsische Tierseuchenkasse sowie das Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V. (LIB).

## 3. Inhalt und genaue Beschreibung der Maßnahmen

Der Maßnahmenkatalog beinhaltet als Dreijahresprogramm für den Freistaat Sachsen Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse. Zu den Bienenzuchterzeugnissen zählen folgende Produkte: Natürlicher Honig, Bienenwachs, Gelée Royale, Kittharz und Blütenpollen.

Es wird der Schwerpunkt auf folgende Maßnahmen gelegt:

- technische Hilfe für Imkerorganisationen,
- Bekämpfung von Bienenstockfeinden und -krankheiten, insbesondere der Varroose,
- Unterstützung der Analyselabors, die Bienenzuchterzeugnisse untersuchen,
- Unterstützung der Wiederauffüllung des Bienenbestandes,
- Zusammenarbeit mit Organisationen, die auf die Durchführung von Programmen der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Bienenzucht und der Bienenzuchterzeugnisse spezialisiert sind,
- Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse im Hinblick auf die Ausschöpfung des Produktpotentials auf dem Markt.

Maßnahmen, die im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487), die zuletzt durch die delegierte Verordnung (EU) 2021/399 (ABl. L 79 vom 8.3.2021, S. 1) geändert worden ist, durch den ELER finanziert werden, sind von einer Förderung nach diesem Maßnahmenkatalog ausgeschlossen.

Die technische Hilfe umfasst die Aus- und Weiterbildung sowie die Schulung und Beratung der Imker auf Vereins-, Landes- und überregionaler Ebene, außerdem die Kurse für Bienensachverständige zur Vorbeugung und Bekämpfung von Bienenkrankheiten und -seuchen. Im investiven Bereich bezieht sich die technische Hilfe auf die Einrichtung und Modernisierung von Lehrbienenständen mit dem Ziel der gemeinschaftlichen Nutzung durch Imkerorganisationen sowie gemeinschaftlich nutzbare imkerliche Gerätschaften und Ausrüstungsgegenstände.

Die Bekämpfung der Varroose erfolgt durch Beschaffung von arzneimittelrechtlich zugelassenen varroaziden

Behandlungsmitteln sowie durch Untersuchungen von Probematerial zur Abschätzung des Infektionsdrucks der Varroose und mit ihr verbundener Krankheiten. Dies wird durch Forschungsvorhaben zur Bekämpfung des Varroosekomplexes ergänzt.

Zu den Maßnahmen der Unterstützung von Analyselabors zählen die Untersuchung von Bienenzuchterzeugnissen, insbesondere die Qualitäts- und Sortenbestimmung (sogenannte Vor- oder Frühanalysen vor Abfüllung) sowie die Untersuchung von Honig auf Rückstände (beispielsweise Pflanzenschutzmittel oder Varroabekämpfungsmittel).

Die Forschungsförderung bezieht sich auf Programme der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Bienenzucht und der Bienenzuchterzeugnisse.

Über eine Unterstützung der Wiederauffüllung des Bienenbestandes entscheidet das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (SMEKUL) im Einzelfall. Allein der Zukauf von Bienenvölkern zur gemeinschaftlichen Nutzung durch Imkerorganisationen ist förderfähig.

Die sonstigen förderfähigen Maßnahmen gemäß der oben genannten Rechtsgrundlagen (Rationalisierung der Wanderimkerei, Marktbeobachtung, Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse) können im Rahmen des Nationalen Imkereiprogrammes der Bundesrepublik Deutschland zur Anwendung kommen.

## 4. Kriterien für die Auswahl der Maßnahmen/Zuwendungsvoraussetzungen

Die Maßnahmen müssen der Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen von Bienenzuchterzeugnissen dienen.

### 4.1 Technische Hilfe

- a) Schulung und Fortbildung auf Vereins-, Landes- und überregionaler Ebene, insbesondere zu den Themenbereichen:
  - Honigerzeugung, -gewinnung und -vermarktung
  - Bienenseuchen/Varroosebekämpfung
  - Bienenhaltung/Bienenwanderung
  - Qualitätsbestimmung/Honiguntersuchung
  - angewandte Forschung
  - Nachwuchswerbung und -gewinnung
  - kooperative Zusammenarbeit von Imkern und Landwirten
  - Honigbienenschutz.
- b) Einrichtung und Modernisierung von Lehrbienenständen zur Schulung und Fortbildung der Imker und anderer Interessenten, hierbei insbesondere die Ausstattung mit Lehr-, Demonstrations- und Beratungsmaterial (Broschüren, Bücher, Videos, Overheadprojektoren, Beschallungsanlage, Fotokamera, Lehrtafeln, Mikroskop, Fernseher und so weiter) sowie mit speziellen imkerlichen Gerätschaften und Ausrüstungsgegenständen (Beuten, Dampfwachsschmelzer, Propangas-Bunsenbrenner, wassergekühlte Mittelwandpresse, Handrefraktometer, Honigbienenmodell und so weiter). Die Förderung der baulichen Investitionen im Zusammenhang mit einem Lehrbienenstand ist auf ein angemessenes Verhältnis zur Gesamtinvestition (maximal 49 Prozent) begrenzt. Die Nutzung des Lehrbienenstandes und der geförderten imkerlichen Gerätschaften und Aus-



rüstungsgegenstände ist nachweislich fünf Jahre zu sichern.

- c) Anschaffung von gemeinschaftlich nutzbaren imkerlichen Gerätschaften und Ausrüstungsgegenständen (beispielsweise Stockwaage, Mittelwandpresse), deren Nutzung nachweislich fünf Jahre zu sichern ist (Zweckbindungsfrist).

Es werden ausschließlich neue imkerliche Gerätschaften und Ausrüstungsgegenstände gefördert. Für den Zukauf von Bienenvölkern gilt Nummer 4.5.

#### 4.2 Bekämpfung von Bienenstockfeinden und -krankheiten, insbesondere der Varroose

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Varroose müssen der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Bekämpfung der Varroatose bei Honigbienen vom 12. Oktober 1994 (SächsABl. S. 1363), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 26. November 2019 (SächsABl. Sdr. S. S404), entsprechen oder es handelt sich um Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Varroosebekämpfung. Die Beschaffung von arzneimittelrechtlich zugelassenen varroaziden Behandlungsmitteln schließt die Gerätschaften zur Verabreichung dieser Mittel mit ein.

#### 4.3 Unterstützung von Analyselabors, die Bienenzuchterzeugnisse untersuchen

Bei der Qualitätskontrolle von Honig sind die Kriterien der Honigverordnung maßgebend. Im Rahmen der chemisch-physikalischen Analyse kann die Bestimmung von Diastase entfallen.

#### 4.4 Zusammenarbeit mit Forschungsorganisationen

Es muss sich eindeutig um Programme der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Bienenzucht und der Bienenzuchterzeugnisse handeln. Aus den Vorhaben muss der Nutzen für die sächsischen Imker hervorgehen. Forschungsvorhaben zur Bekämpfung des Varroosekomplexes sind dem Maßnahmebereich „Varroose“ zuzurechnen.

#### 4.5 Wiederauffüllung des Bienenbestandes

Über eine Unterstützung der Wiederauffüllung des Bienenbestandes in Form von Zuschüssen für den Zukauf von Bienenvölkern zur gemeinschaftlichen Nutzung durch Imkerorganisationen, insbesondere für Maßnahmen des Zuchtwezens, entscheidet im Einzelfall das SMEKUL.

#### 4.6 Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse im Hinblick auf die Ausschöpfung des Produktpotentials auf dem Markt

Die Auswahl der Maßnahmen richtet sich nach den Kriterien des dreijährigen Nationalen Imkereiprogrammes der Bundesrepublik Deutschland.

### 5. Höhe der Beihilfe/Kriterien für die Festsetzung der Beihilfesätze

Die Beihilfe wird als Anteilfinanzierung gewährt. Sie beträgt

- 80 Prozent der getätigten notwendigen Aufwendungen für Maßnahmen nach Nummer 4.1 sowie 4.5

- 90 Prozent der getätigten notwendigen Aufwendungen für Maßnahmen nach Nummer 4.2 und 4.6
- 100 Prozent der getätigten notwendigen Aufwendungen für Maßnahmen nach Nummer 4.3 und 4.4.

### 6. Übersicht zu den jährlichen Ausgaben

Die Umsetzung der Maßnahmen dieses Kataloges basiert auf jährlichen Gesamtausgaben (öffentliche Zuschüsse) bis zur Höhe von maximal 281.000 EUR. Diese gliedern sich für die einzelnen Maßnahmen folgendermaßen auf:

Artikel 55 VO (EU) 1308/ 2013	Maßnahme	Imkereijahr (Euro)			Zeitraum (Euro)
		2019– 2020	2020– 2021	2021– 2022	
Abs. 4a)	technische Hilfe für Imker	75 000	75 000	75 000	
Abs. 4b)	Bekämpfung von Bienenkrankheiten	150 000	150 000	150 000	
Abs. 4d)	Unterstützung von Analyselabors	2 000	2 000	2 000	
Abs. 4e)	Bienenbestandsauffüllung	2 000	2 000	2 000	
Abs. 4f)	Durchführung von Programmen der angewandten Forschung	50 000	50 000	50 000	30 000
Abs. 4h)	Verbesserung der Erzeugnisqualität	2 000	2 000	2 000	

Ein Ausgleich zwischen den einzelnen Maßnahmen ist zulässig, sofern die Gesamtausgaben von 281 000 Euro nicht überschritten werden.

### 7. Finanzierung

Die Finanzierung der Beihilfe erfolgt zu 50 Prozent aus Mitteln des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und zu 50 Prozent aus Landesmitteln des Freistaates Sachsen. Der Gesamtbetrag der Beteiligung der Europäischen Union richtet sich nach dem Anteil des Bienenbestandes im Freistaat Sachsen am Gesamtbienbestand der Bundesrepublik Deutschland. Bemessungsgrundlage hierfür sind durchschnittlich 55 000 Bienenvölker in den Jahren 2017 und 2018 im Freistaat Sachsen.

Unter dem Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel erfolgt die Bereitstellung aus dem Titel 0905/686 01 „Finanzierung von Maßnahmen aus Mitteln des Europäischen Garantiefonds Landwirtschaft (EGFL)“.

## 8. Durchführungsbestimmungen für das Imkereiprogramm

Für die Durchführung des Imkereiprogrammes gelten nachfolgende Regelungen sowie die Dienstanweisung der EU-Zahlstelle für Maßnahmen des Freistaates Sachsen zur Verbesserung der allgemeinen Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse in der jeweils geltenden Fassung.

### 8.1 Benennung der zuständigen Kontaktstelle

Die Zuständigkeit für die Verwaltung des Imkereiprogrammes liegt bei Referat 35 „Tierische Erzeugnisse“ des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (Anschrift: Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden). Es entscheidet bei Maßnahmen der Varroosebekämpfung im Einvernehmen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (Anschrift: Albertstraße 10, 01097 Dresden).

Als Bewilligungsbehörde fungiert das Referat 33 „Förderung“ in der Abteilung 3 „Vollzug Agrarrecht, Förderung“ des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (Anschrift: Zur Wetterwarte 11 in 01109 Dresden). Die Erfassung der Daten im EGFL-ELER-Buchungsprogramm für den Rechnungsabschluss der Zahlstelle erfolgt ebenfalls durch die Bewilligungsbehörde gemäß der Zeichnungsregelung vom 1. Mai 2018. Die Aufgaben der Zahlstelle, insbesondere die Anordnung der Auszahlung und die anschließende Verbuchung werden durch das Referat ZA „Steuerung, Koordinierung der EU-Zahlstelle DE 19“ des SMEKUL wahrgenommen. Auszahlende Stelle ist die Hauptkasse des Freistaates Sachsen.

Für die Förderung des Länderinstituts für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V. (LIB) gelten die in der „Vereinbarung zur Finanzierung von Projekten des LIB nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/97“ vom 1. September 2001 zwischen den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen getroffenen Bestimmungen. Die terminliche und organisatorische Abwicklung der Varroosebekämpfungsmaßnahmen (außer Forschung) richtet sich nach der Leistungssatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse.

### 8.2 Beschreibung des Kontrollverfahrens

Anhand von Kontrollen ist zu prüfen, ob die Bedingungen für die Beihilfegewährung gemäß der unter Nummer 2.1 aufgeführten Rechtsgrundlagen eingehalten werden. Ein Antrag darf erst zur Auszahlung bewilligt werden, nachdem die Übereinstimmung mit den Gemeinschaftsvorschriften hinreichend überprüft wurde. Hierzu gehören die Kontrollen nach Artikel 8 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1368 und gemäß Anhang I der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 als Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen, um unter besonderer Berücksichtigung des vorhandenen Risikos Betrug und Unregelmäßigkeiten zu verhindern oder aufzudecken. Zuständig für die Kontrollen ist die Bewilligungsbehörde. Die Empfänger der Beihilfen verpflichten sich im Förderantrag, Kontrollen der zuständigen Behörden des Freistaates Sachsen oder der Europäischen Union sowie der von diesen Stellen beauftragten Kontrollpersonen zu dulden.

Bei den Vor-Ort-Kontrollen sind folgende Überprüfungen maßgeblich:

- a) Die bewilligten Maßnahmen, insbesondere Investitionen und Dienstleistungen, werden ordnungsgemäß durchgeführt;

- b) die tatsächlich entstandenen notwendigen Ausgaben sind mindestens so hoch wie die beantragte finanzielle Unterstützung;
- c) die Anzahl der gemeldeten Bienenvölker (sofern zutreffend) stimmt mit der tatsächlichen Anzahl der Bienenvölker des Antragstellers überein, wobei zusätzliche Angaben des Imkers zu Tätigkeiten in dem betreffenden Imkereijahr zu berücksichtigen sind.

Es ist sicherzustellen, dass mindestens 5 Prozent der Antragsteller, die im Rahmen dieses Programmes eine Beihilfe beantragt haben, einer Vor-Ort-Kontrolle unterzogen werden. Die Kontrollstichproben werden aus der Grundgesamtheit aller Antragsteller gezogen und umfassen

- a) eine bestimmte Anzahl von nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Antragstellern, um eine repräsentative Fehlerquote zu erhalten;
- b) eine bestimmte Anzahl von Antragstellern, die auf der Grundlage einer anhand der nachstehenden Kriterien vorgenommenen Risikoanalyse ausgewählt werden:
  - Höhe der den Begünstigten gewährten Finanzierung;
  - Art der finanzierten Maßnahme;
  - Ergebnisse früherer Vor-Ort-Kontrollen;
  - sonstige Kriterien gemäß der oben genannten Dienstanweisung.

Kontrollmaßnahmen beim Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V. obliegen gemäß der oben genannten Vereinbarung den zuständigen Behörden des Landes Brandenburg. Die Prüfprotokolle der Prüfstelle des Landes Brandenburg werden regelmäßig abgefordert und in der Dokumentation der Zahlstelle hinterlegt.

Zusätzlich zu den Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen ist die Einhaltung der Zweckbindungsfristen bei investiv geförderten Maßnahmen stichprobenartig zu prüfen.

### 8.3 Beschreibung der zu ergreifenden Maßnahmen einschließlich der Sanktionen

Wird die Nichterfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen festgestellt, hat die Bewilligungsbehörde auf der Grundlage der oben genannten Dienstanweisung zu prüfen, ob der Bewilligungsbescheid insgesamt oder teilweise aufzuheben und die Beihilfe zurückzufordern ist. Eine Aufhebung des Bewilligungsbescheides kann in Betracht kommen, soweit der Begünstigte Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, den Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie seinen Mitteilungspflichten nicht rechtzeitig nachkommt.

In Fällen höherer Gewalt gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, bei einem offensichtlichen Irrtum, bei einem Verwaltungsfehler, der für den Begünstigten nicht erkennbar war, kann die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen von Sanktionen absehen. Bei Betrug oder grober Fahrlässigkeit, für die der Begünstigte verantwortlich ist, zahlt er neben der gemäß Artikel 63 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 geforderten Rückzahlung der zu Unrecht gezahlten Beträge, einschließlich Zinsen, einen Betrag, der der Differenz zwischen dem ursprünglich gezahlten Betrag und dem Betrag, auf den er Anspruch hat, entspricht.

Begünstigte, welche die Unterstützung zu Unrecht erhalten haben, sind gemäß Artikel 54 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 verpflichtet, diese Beträge zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen. Die auf Artikel 54 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 basierende Rückforderung der zu Unrecht geleisteten Zahlungen einschließlich Zinsen,

das heißt, die zu erstattende Leistung, ist gemäß § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in Verbindung mit § 49 a Abs. 1 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 25 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist, durch schriftlichen Verwaltungsakt festzusetzen. Weiterhin ist die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine (ABl. L 124 vom 8.6.1971, S. 1) für die Berechnung von Fristen und Terminen heranzuziehen.

Bereits ausgezahlte Unterstützungen werden vom LfULG, Referat 33, zurückgefordert. Im Rückforderungsbescheid sind der zurückzufordernde Betrag und das Fälligkeitsdatum der Zahlung anzugeben. Im Rückforderungsbescheid ist die entsprechende Bankverbindung unter Angabe eines Kassenzeichens für die Einzahlung bei der zuständigen Kasse mitzuteilen. Im Rückforderungsbescheid ist auf die gesonderte Zustellung eines Zinsbescheides hinzuweisen. Das LfULG, Referat 33 erstellt die Annahmeanordnung mit entsprechender Codierung für die Mahnungs- und Beibringungsverfahren gegenüber der zuständigen Kasse. Alle Rückforderungen sind unabhängig von der Bestandskraft des Ausgangsbescheides mit Erlass des Aufhebungs- oder Rückforderungsbescheides unverzüglich im Debitorenbuch des EGFL/ELER-Buchungsprogrammes zu erfassen.

Zinsen auf zu Unrecht gezahlte Beträge, die im Einklang mit Artikel 54 Absatz 1, Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe e oder Artikel 63 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 wiedereingezogen werden, werden gemäß Artikel 27 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 berechnet. Die technische Umsetzung der Erhebung der Zinsen erfolgt mittels EGFL/ELER-Buchungsprogramm durch das LfULG, Referat 33. Die Dienstanweisung für das Forderungsmanagement der EU-Zahlstelle findet entsprechend Anwendung.

#### **8.4 Bestimmungen zur Sicherstellung der Veröffentlichung des Imkereiprogrammes**

Die Veröffentlichung des Imkereiprogrammes für den Freistaat Sachsen in Form des hier vorliegenden „Maßnahmekataloges Honig“ erfolgt auf der Homepage des SMEKUL in der Rubrik „Förderportal“ (siehe <http://www.smul.sachsen.de/foerderung>). Außerdem kann dieses Dokument im Internet auf der Datenbank „Revosax“ unter der Adresse <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/19352> abgerufen werden.

Im Anschluss an die Genehmigung des Imkereiprogrammes ist eine Verlinkung auf die Internetseite des Bun-

desministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unter der Adresse <http://www.bmel.de> vorgesehen.

#### **8.5 Maßnahmen zur Zusammenarbeit mit repräsentativen Organisationen im Bienenzuchtsektor**

Repräsentative Organisationen im Bienenzuchtsektor im Freistaat Sachsen sind der Landesverband Sächsischer Imker e.V. und der Landesverband Sächsischer Buckfastimker e.V. Mit diesen beiden Verbänden erfolgt regelmäßig eine Abstimmung bezüglich der Umsetzung des hier vorliegenden „Maßnahmekataloges Honig“

- im Rahmen von Jahresgesprächen beziehungsweise anlassbezogenen Gesprächen im SMEKUL
- im Rahmen der Teilnahme an den Mitgliederversammlungen beziehungsweise Imkertagen dieser Verbände
- im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen bei den jeweiligen Beihilfeempfängern.

#### **8.6 Begleitung und Bewertung des Imkereiprogrammes**

Nach Artikel 225 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 berichtet die EU-Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat alle drei Jahre über die Durchführung der Maßnahmen im Bienenzuchtsektor. In Vorbereitung auf diese Berichterstattung arbeiten die Bundesländer dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Fakten und Argumente der Begleitung und Bewertung zu, welche von dort als zusammengefasster Bericht der EU-Kommission vorgelegt wird.

Auf nationaler Ebene erfolgt eine fundierte Erfolgskontrolle der Förderung des hier beschriebenen Imkereiprogrammes durch Prüfung und Dokumentation der Erfüllung des Zweckes. Der Zweck wird nach Zielsetzung, Qualität und Umfang so eindeutig und detailliert festgelegt, dass er auch für die programmspezifische Erfolgskontrolle dienen kann. Auf die regelmäßige Evaluierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse durch die EU-Kommission wird verwiesen.

#### **8.7 Transparenz**

Bei Vorhaben, die aus Mitteln des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) finanziert werden, veröffentlicht der Freistaat Sachsen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 sowie der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2004 jährlich die Informationen über die Mittelempfänger und die Beträge, die jeder Empfänger erhalten hat.

Die Informationen werden auf einer besonderen, vom Bund und den Ländern gemeinsam betriebenen Internetseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) unter der Internetadresse [www.agrar-fischerei-zahlungen.de](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de) veröffentlicht.

Dresden, den 24. August 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Wolfram Günther

**Landesdirektion Sachsen**  
**Bekanntmachung**  
**der Landesdirektion Sachsen**  
**zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes**  
**über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung**  
**zur wesentlichen Änderung der mechanisch-biologischen**  
**Abfallbehandlungsanlage der Firma Westsächsische Entsorgungs-**  
**und Verwertungsgesellschaft mbH**  
**am Standort Am Westufer 3, 04463 Großpösna**

**Gz.: 44-8431/2407/5**

**Vom 30. September 2021**

Die Landesdirektion Sachsen hat der Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH, Am Westufer 3, 04463 Großpösna, mit Datum vom 2. September 2021 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) auf dem Gelände der Zentraldeponie Cröbern in 04463 Großpösna, Am Westufer 3, mit folgendem verfügenden Teil, erteilt.

**I. Entscheidung**

- 1.1 Der WEV Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (Antragstellerin und Anlagenbetreiberin, nachfolgend als WEV bezeichnet), Am Westufer 3, 04463 Großpösna wird auf den mit Schreiben vom 17. Mai 2021 gestellten gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit Nummer 8.6.2.1 GE der Anlage 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen die

**immissionsschutzrechtliche Genehmigung**

für die wesentliche Änderung der mechanisch-biologischen Behandlungsanlage Cröbern (MBA) am Standort 04463 Großpösna, Am Westufer 3, Gemarkung Dechwitz, Flurstück 138 durch den Betrieb eines Zwischenlagers zur zeitweiligen Lagerung von maximal 75 000 t nicht gefährlichen Abfällen erteilt.

- 1.2 Bestandteil der Genehmigung sind die gestempelten Antragsunterlagen vom 17. Mai 2021. Die einzelnen Antragsunterlagen sind in Anlage 1 aufgeführt.

**II. Genehmigungsgegenstand**

Gegenstand dieser Genehmigung ist der Betrieb eines zur mechanisch-biologischen Behandlungsanlage (MBA) gehörenden Zwischenlagers für maximal 75 000 Tonnen nicht gefährlicher Abfälle in variabler Lage und Höheneinordnung auf dem Deponiekörper der ebenfalls von der Anlagenbetreiberin betriebenen Zentraldeponie Cröbern.

Das hier genehmigte Zwischenlager dient zur Pufferung von Spitzenwerten in der Andienungsmenge des angelieferten unbehandelten Haus- und Sperrmülls (nicht gefährliche Abfälle entsprechend Positivkatalog der MBA) sowie zur

Überbrückung von Stillstandzeiten der MBA und von Fremdanlagen.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

**vom 22. Oktober 2021**  
**bis einschließlich 4. November 2021**

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,  
Zimmer 463, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,  
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie  
von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr  
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr  
sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr  
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte

daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail [cornelia.reuter@lds.sachsen.de](mailto:cornelia.reuter@lds.sachsen.de), Tel. 0341 9774432. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 14 des

Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über [poststelle@lds.sachsen.de](mailto:poststelle@lds.sachsen.de), angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Leipzig, den 30. September 2021

Landesdirektion Sachsen  
Svarovsky  
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
über die Genehmigung der Neufassung der  
Verbandssatzung des Zweckverbandes Parthenaue**

**Gz.: 20-2217/121/2**

**Vom 7. Oktober 2021**

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 30. September 2021 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Versammlung am 18. August 2021 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Parthenaue genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 7. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen  
Roth  
Referatsleiter

## Satzung des Zweckverbandes Parthenaue Neufassung der Verbandssatzung vom 18. August 2021

Auf der Grundlage der §§ 61, 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, hat der Zweckverband Parthenaue am 18. August 2021 folgende Satzung zur Änderung der Verbandssatzung vom 28. August 2002 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 22. Januar 2016 beschlossen:

### § 1

#### Name – Sitz – Mitglieder – Zweck

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Parthenaue“ und hat seinen Sitz in der Stadt Leipzig, Sommerfelder Straße 71, 04316 Leipzig.

(2) Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte und Gemeinden Leipzig, Taucha, Borsdorf und Großpösna.

(3) Der Zweckverband Parthenaue nimmt für die Mitgliedskommunen die Aufgaben der Regionalentwicklung (§ 2) und der Gewässerunterhaltung (§ 3) wahr. Zum Vollzug dieser voneinander getrennten Aufgabengebiete teilt sich die Organisation des Zweckverbandes in zwei Sparten.

### § 2

#### Aufgaben der Regionalentwicklung

(1) (Ziel) Hauptziel des Zweckverbandes sind der Erhalt, die Entwicklung und die Inwertsetzung der Kulturlandschaft Parthenaue und anschließender Territorien durch Schutz der natürlichen Potentiale und des kulturellen Erbes sowie deren Erschließung für die Naherholung. Teilbereiche mit wertvoller Naturlandschaft sind entsprechend Landesnaturschutz-Gesetzgebung gesondert zu schützen, zu entwickeln und zu pflegen. Die Mitglieder Leipzig, Taucha, Borsdorf und Großpösna übertragen dem Zweckverband Aufgaben zur Pflege, Entwicklung und Inwertsetzung der Kulturlandschaft gemäß den Absätzen 2 bis 9.

(2) (Konzept) Als Grundlage für die Umsetzung seiner Aufgaben erarbeitet der Zweckverband ein Konzept als Leitlinie zur Entwicklung der Kulturlandschaft mit entsprechenden Maßnahmenplänen/Pflege Richtlinien und schreibt dieses kontinuierlich fort. Die Erarbeitung erfolgt in enger Abstimmung mit den Verbandsmitgliedern und unter Einbeziehung weiterer relevanter Akteure des Parthelandes. Das Konzept fußt auf den Zielsetzungen der regionalen und kommunalen Landschaftsplanungen.

(3) Umsetzung der Maßnahmenpläne bzw. Unterstützung Dritter (Ehrenamtler, Initiativen etc.) bei der Umsetzung

Bewirtschaften Durchführung landschaftspflegerischer Maßnahmen zum Schutz der Kulturlandschaftselemente und der vorhandenen Naturpotentiale (Biotoppflege, Bewirtschaftung konkreter Flächen). Teilbereiche mit wertvoller Naturlandschaft sind entsprechend Landesnaturschutz-Gesetzgebung gesondert zu schützen, zu entwickeln und zu pflegen.

Der Zweckverband kann als Träger von Maßnahmen und Vorhaben fungieren sowie Aufgaben der Biotopgestaltung und -pflege auf der Grundlage vertraglich vereinbarter landschaftspflegerischer Leistungen Dritter übernehmen. Hierzu zählen u.a. die Wegeerhaltung, Lehrpfad- und Wegeausstattung.

Makeln Unterstützung in Form fachlicher Beratung Dritter bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft, inkl. von Maßnahmen zur Steigerung der Wertschätzung.

Der Zweckverband unterstützt durch Austausch und enge Kooperationen Akteure, die sich zum Wohle der Kulturlandschaft engagieren. Hierzu gehören insbesondere ehrenamtlich tätige Vereine des Naturschutzes, engagierte Akteure sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Der Zweckverband strebt eine enge Zusammenarbeit mit Landnutzern, Landeigentümern und bürgerschaftlichen Initiativen an, um sie unter Beachtung des Landschafts- und Naturschutzes zur Erreichung seiner Ziele einzubeziehen.

(4) (Landschaftserleben/Zeigen) Der Zweckverband verfolgt das Ziel der schrittweisen Erschließung und Entwicklung der Kulturlandschaft im Verbandsgebiet für das Landschaftserleben auf der Grundlage des Konzeptes des Zweckverbandes.

(5) (Naturschutzstation) Der Zweckverband unterhält und betreibt eine Naturschutzstation als umweltpädagogischen Informations- und Lernort sowie als Ort des Austausches und des Wissenstransfers für regionale Akteure. Die Naturschutzstation fungiert als Beratungsstelle für engagierte Akteure im Bereich der Kulturlandschaftspflege. Thematisch orientiert sich die Naturschutzstation an den folgenden drei Besonderheiten des Parthelandes:

- Kleinteiligkeit der Landschaft aufgrund eiszeitlicher Prägung
- ausgeprägtes zusammenhängendes Flussbegleitendes Grünland
- Flurgehölze

(6) (Weiterbildung) Ein wesentlicher Schwerpunkt in den Aufgaben der Naturschutzstation ist die umweltpädagogische Arbeit. Sie soll in ihren Themen und in der Darbietung ständig qualitativ und zielgruppenorientiert weiterentwickelt werden.

Im Einzelnen umfasst die umweltpädagogische Tätigkeit die Bereiche:

- Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit
- Landschaftsinformationen (Flyer) zur Vermittlung von kulturlandschaftsrelevanten Fragestellungen sowie landschaftspflegerischen Grundlagen vor dem Hintergrund des Natur- und Artenschutzes

(7) (Öffentlichkeitsarbeit) Der Zweckverband macht die Ziele und Ergebnisse seiner Tätigkeit der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Zu diesem Zweck werden die Aktivitäten des Zweckverbandes jährlich in einem Jahresbericht zusammengefasst und veröffentlicht.

(8) Die Mitglieder verpflichten sich, den Zweckverband bei der Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben und im Interesse der Erreichung seiner Ziele zu unterstützen.

(9) Der räumliche Wirkungsbereich umfasst die Verwaltungsgebiete der Mitgliedskommunen. Im Falle der Stadt Leipzig begrenzt sich der Wirkungsbereich auf Ortsteile, die an die Parthe oder eine weitere Mitgliedskommune angrenzen.

### § 3

#### **Aufgabe der Gewässerunterhaltung und Maßnahmen des Gewässerausbaus**

(1) Die Mitglieder Taucha, Borsdorf und Großpösna übertragen die Aufgabe der Gewässerunterhaltung nach § 32 Abs. 2 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) auf den Zweckverband.

(2) Der räumliche Wirkungsbereich umfasst die Verwaltungsgebiete der Mitgliedskommunen.

(3) Die Mitglieder können den Zweckverband im Einzelfall mit der Durchführung von Maßnahmen des Gewässerausbaus im Sinne von §§ 67, 68 WHG beauftragen.

### § 4

#### **Organe**

Die Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.

### § 5

#### **Verbandsversammlung**

(1) Die Verbandsversammlung ist das oberste Willens- und Beschlussorgan des Verbandes. Sie legt die Grundsätze für die Tätigkeit des Verbandes fest, erlässt eine Geschäftsordnung und ist im Rahmen dieser Satzung für alle Angelegenheiten des Verbandes zuständig, soweit nicht dem Verbandsvorsitzenden durch Gesetz oder Beschluss der Verbandsversammlung bestimmte Angelegenheiten übertragen sind. Die Verbandsversammlung überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse.

(2) Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über:

- a) den Erlass, die Änderung und Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,
- b) die Aufnahme oder das Ausscheiden von Mitgliedern,
- c) die Vergabe von Aufträgen und Zustimmung zu Verträgen ab einem Geschäftswert von mehr als 150.000 €,
- d) die Wahl des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden,
- e) die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers,
- f) die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan,
- g) die Festsetzung der Verbandsumlage,
- h) Bestellung und Abberufung des örtlichen Rechnungsprüfers,
- i) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Verbandsvorsitzenden und
- j) die Auflösung des Verbandes.

(3) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Städte und Gemeinden des Verbandes werden in der Verbandsversammlung durch ihre (Ober-)Bürgermeister vertreten, sofern nicht auf deren Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitgliedes einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet einen weiteren Vertreter in die Verbandsversammlung. Diese weiteren Vertreter sowie deren Stellvertreter sind vom Gemeinderat für die

Dauer seiner Wahlperiode aus seiner Mitte zu wählen. Nach Ablauf der Wahlperiode führen sie die Geschäfte bis zur Neuwahl der weiteren Vertreter.

(4) Die Vertreter der Verbandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Die Verbandsmitglieder können ihren Vertretern Weisungen erteilen.

(5) Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Stimme eines Verbandsmitgliedes wird durch deren Vertreter nach Abs. 3 Satz 2 abgegeben. Bei Entscheidungen, die eine Aufgabe betreffen, die ein Mitglied dem Zweckverband nicht übertragen hat, sind dessen Vertreter nicht stimmberechtigt. Die Feststellung, in welchen Aufgabenbereich eine Entscheidung fällt, ist durch gesonderten Beschluss der Verbandsversammlung zu treffen. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Stimmberechtigten gefasst, soweit nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

(6) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Verbandsmitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.

- (7) Beschlüsse, die
- a) die Aufnahme neuer Mitglieder und die Änderung dieser Satzung betreffen, bedürfen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung,
  - b) die Auflösung des Verbandes oder das Ausscheiden einzelner Mitglieder betreffen, bedürfen einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl.

(8) Zu den Verbandsversammlungen können je nach Erfordernis sach- und fachkundige Personen sowie Betroffene, deren Interessen berührt sind, eingeladen werden.

(9) Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden durch schriftliche oder elektronische Einladungen unter Angabe von Ort, Zeit und Beratungsgegenstand spätestens eine Woche vor dem Termin einberufen.

(10) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Sie sind mindestens zweimal jährlich durchzuführen.

### § 6

#### **Verwaltungsrat**

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder nach § 5 Abs. 3 Satz 2.

(2) Der Verwaltungsrat berät die Angelegenheiten vor, die der Beschlussfassung der Verbandsversammlung unterliegen.

- (3) Der Verwaltungsrat beschließt über
- a) die Vergabe von Aufträgen und Zustimmung zu Verträgen ab einem Geschäftswert von mehr als 80.000 Euro bis zu 150.000 Euro,
  - b) den Verzicht oder die Niederschlagung von Ansprüchen des Verbandes mit einem Wertumfang von mehr als 5.000 Euro, aber nicht mehr als 10.000 Euro im Einzelfall,
  - c) Bestellung und Abberufung des stellvertretenden Geschäftsführers und



d) alle übrigen Angelegenheiten, für die nicht die Verbandsversammlung zuständig ist.

Die Vorschriften über die Beschlussfassung in der Verbandsversammlung gelten sinngemäß mit Ausnahme der Öffentlichkeit der Sitzung.

## § 7

### Verbandsvorsitzender und Stellvertreter

(1) Der Verbandsvorsitzende und ein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte ihrer gemäß § 5 Abs. 3 Satz 2 entsendeten Vertreter gewählt. Sie sollen Bürgermeister oder leitender Bediensteter einer Mitgliedskommune sein. Verbandsvorsitzender soll ein Bürgermeister einer Gemeinde sein, welche dem Zweckverband angehört. Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Sie werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt.

(2) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Verband. Er bereitet die Beratungsgegenstände der Verbandsversammlung vor. Er führt den Vorsitz in der Verbandsversammlung.

Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und erledigt in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nach der Sächsischen Gemeindeordnung dem Bürgermeister zukommen.

(3) Der Vorsitzende entscheidet im Rahmen seines Geschäftskreises und im Rahmen der Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan über:

- a) Vergabe von Aufträgen und Zustimmung zu Verträgen ab einem Geschäftswert von bis zu 80.000 Euro.
- b) den Verzicht auf Ansprüche des Verbandes oder die Niederschlagung von Ansprüchen des Verbandes mit einem Wertumfang von bis zu 5.000 Euro im Einzelfall und
- c) Einstellung und Kündigung von Bediensteten des Verbandes.

Diesbezügliche Entscheidungen sind der Verbandsversammlung spätestens in seiner übernächsten Sitzung bekanntzugeben.

(4) In dringenden Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, kann der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung entscheiden. In einem solchen Fall hat der Verbandsvorsitzende den Mitgliedern der Verbandsversammlung die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung unverzüglich mitzuteilen.

## § 8

### Geschäftsstelle und Geschäftsstellenleiter

(1) Der Zweckverband betreibt an seinem Sitz eine Geschäftsstelle. Zur Erfüllung seiner Aufgaben beschäftigt er hauptamtliche Bedienstete.

(2) Der Geschäftsstellenleiter leitet die Geschäftsstelle und erledigt die laufenden Verwaltungsangelegenheiten des Zweckverbandes, soweit sie nicht dem Verbandsvorsitzenden, dem Verwaltungsrat oder der Verbandsversammlung vorbehalten sind. Darüber hinaus unterstützt er den Verbandsvorsitzenden nach dessen Weisungen. Das Nähere regelt die Geschäftsstellenleiterordnung (GLO).

## § 9

### Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken. Der Finanzbedarf und die Höhe der Umlage werden für die Aufgaben nach § 2 und § 3 Abs. 1 jeweils getrennt ermittelt.

(2) Mit der Umlage für die Aufgabe der Landschaftsplanung und -entwicklung nach § 2 werden nur die Mitglieder belastet, die die Aufgabe auf den Zweckverband übertragen haben. Die Beteiligungsquote des einzelnen Mitglieds ergibt sich aus dem Verhältnis seiner Einwohnerzahl zu der Gesamteinwohnerzahl aller Verbandsmitglieder, die dem Zweckverband die Aufgabe nach § 2 übertragen haben. Für die Stadt Leipzig wird ein Festbetrag in Höhe von 111.693,78 Euro festgesetzt. Für die Stadt Taucha, die Gemeinden Borsdorf und Großpösna gilt die jeweilige aktuelle Einwohnerzahl. Maßgeblich für die Einwohnerzahlen sind die vom Statistischen Landesamt zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebenen Einwohnerzahlen.

(3) Mit der Umlage für die Aufgabe der Gewässerunterhaltung nach § 3 Abs. 1 werden nur die Mitglieder belastet, die die Aufgabe auf den Zweckverband übertragen haben. Die Beteiligungsquote der Mitglieder ermittelt sich, außer für die Maßnahmen des Gewässerausbaus (§ 8 Abs. 4), nach dem Verhältnis der zu bewirtschaftenden Gewässerslänge im Hoheitsgebiet des einzelnen Mitglieds zu der Gesamtlänge der zu bewirtschaftenden Gewässer im Hoheitsgebiet aller Verbandsmitglieder, die dem Zweckverband die Aufgabe nach § 3 Abs. 1 übertragen haben.

(4) Aufwendungen für Maßnahmen des Gewässerausbaus gemäß § 4 Abs. 3 werden durch das beauftragende Mitglied getragen, in dessen Gebiet die Maßnahme realisiert wird.

Die Höhe bemisst sich nach den tatsächlichen Aufwendungen. Hierzu zählt auch der Wert der Leistungen, die durch Mitarbeiter des Zweckverbands erbracht werden.

(5) Die Höhe der Umlagen ist getrennt nach den Aufgaben des § 2 und § 3 Abs. 1 in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festzusetzen. Die Umlagebeträge werden einmal jährlich am 15. Februar fällig.

(6) Der Zweckverband ist berechtigt, zur Erfüllung der Aufgabe der Gewässerunterhaltung gemäß § 37 Abs. 1 SächsWG Abgaben zu erheben.

## § 10

### Prüfungswesen

Die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses ist jährlich durchzuführen. Für die Prüfung des Jahresabschlusses ist vor der Vorlage zur Feststellung durch die Verbandsversammlung ein kommunales Rechnungsprüfungsamt, ein anerkannter und unabhängiger Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu bestellen. Das Ergebnis der Prüfung wird in einem Prüfungsbericht festgehalten.

## § 11

### Bekanntmachungen

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch Abdruck in dem als Beilage zum Sächsischen Amtsblatt erscheinenden Amtlichen Anzeiger.

(2) Stattdessen können Bekanntmachungen auch in der Leipziger Volkszeitung (LVZ) erfolgen.

(3) Als Tag der Bekanntmachung gilt der Tag des Erscheinens des Bekanntmachungsorgans. Der Tag der Veröffentlichung ist auf dem Original der jeweiligen Bekanntmachung zu vermerken.

(4) Sind Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten, Bestandteil einer Satzung, werden diese dadurch öffentlich bekannt gemacht, dass

1. ihr wesentlicher Inhalt in der Satzung umschrieben wird,
2. sie in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Sommerfelder Straße 71, 04316 Leipzig zur kostenlosen Einsicht durch jedermann wöchentlich mindestens zwanzig Stunden während der Dienstzeiten für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden und
3. hierauf bei der Bekanntmachung der Satzung hingewiesen wird.

## § 12 Auflösung

(1) Der Zweckverband kann aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der oberen Rechtsaufsichtsbehörde aufgelöst werden. Der Beschluss über die Auflösung bedarf einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung.

Leipzig, den 18.08.2021

Dr. Gabriela Lantzsch  
Verbandsvorsitzende

## Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 47 Absatz 2 Satz 1, § 5 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3, § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit, § 52 Absatz 2 der Säch-

(2) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes werden verbleibende Verbindlichkeiten und vorhandenes Vermögen auf die Mitglieder, getrennt für die Aufgabenbereiche des § 2 und § 3 Abs. 1, aufgeteilt.

Die Aufteilung erfolgt gemäß dem Umlagemaßstab des § 9 Abs. 2 für den Aufgabenbereich des § 2 und gemäß § 9 Abs. 3 für den Aufgabenbereich des § 3 Abs. 1, jeweils zwischen den Mitgliedern, die die Aufgabe auf den Zweckverband übertragen haben.

## § 13 In-Kraft-Treten

(1) Der mit dieser Satzung gebildete Zweckverband übernimmt die Rechte, Pflichten sowie das Vermögen des aufgelösten bisherigen Zweckverbandes „Parthenaue“ und die Rechte, Pflichten und das Vermögen, die im Namen des bisherigen Zweckverbandes „Parthenaue“ begründet wurden. Die Verbandsmitglieder treten ihre Ansprüche aus der Auseinandersetzung des bisherigen Zweckverbandes Parthenaue an den neu gegründeten Zweckverband ab. Dies gilt unabhängig davon, welcher Rechtsstatus dem bisherigen Zweckverband Parthenaue zukommt.

(2) Die Verbandssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der öffentlichen Bekanntmachung ihrer Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

sischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 4 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 und 4 der Sächsischen Gemeindeordnung geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

# Andere Behörden und Körperschaften

## Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die Widmung und Umstufung von Straßen in der Stadt Meerane, Landkreis Zwickau

Vom 29. September 2021

Gemäß §§ 6 und 7 des Sächsischen Straßengesetzes vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29), widmet beziehungsweise stuft das Landesamt für Straßenbau und Verkehr folgende Straßen um:

### 1. Straßenbeschreibung

- 1.1 Neubaustrecke (Verteilerrampe) im Zuge der S 288, beginnend bei NK 5140 090 A, Stat. 0,125, endend am Beginn der Ein- und Ausfahrrampen an der B 93 (NK 5140 091, Stat. 0,430/Stat. 0,395)

Länge: 0,344 km

- 1.2 Teilabschnitt der Ortsstraße „Gablener Straße“, beginnend am Kreisverkehr S 288 (NK 5140 090 A, Stat. 0,000), endend am Beginn Neubaustrecke S 288n (NK 5140 090 A, Stat. 0,125)

Länge: 0,125 km

### 2. Verfügungen

- 2.1 Der unter Ziffern 1.1 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zur S 288 gewidmet.
- 2.2 Der unter Ziffer 1.2 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zur S 288 aufgestuft.
- 2.3 Träger der Straßenbaulast ist jeweils der Freistaat Sachsen.
- 2.4 Die Verfügungen treten am Tag der Verkehrsfreigabe der Neubaustrecke im Zuge der S 288 in Kraft.

### 3. Einsichtnahme

Die vollständigen Allgemeinverfügungen können in der Stadtverwaltung Meerane; Lörracher Platz 1, 08393

Meerane beziehungsweise im Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden während der Dienstzeiten eingesehen werden. Zudem erfolgt eine Veröffentlichung im Internet auf der Website des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr ([www.lasuv.sachsen.de](http://www.lasuv.sachsen.de), Rubrik „Bekanntmachungen“).

Die Allgemeinverfügungen gelten zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt gegenüber der Allgemeinheit als bekanntgegeben. Für die Beteiligten, denen die Allgemeinverfügung auf andere Weise, zum Beispiel mittels Postzustellungsurkunde, Empfangsbekenntnis oder durch eingeschriebenen Brief zugestellt wurde, gilt dagegen die Bekanntgabe mit der Zustellung als bewirkt.

### 4. Rechtsbehelfsbelehrung

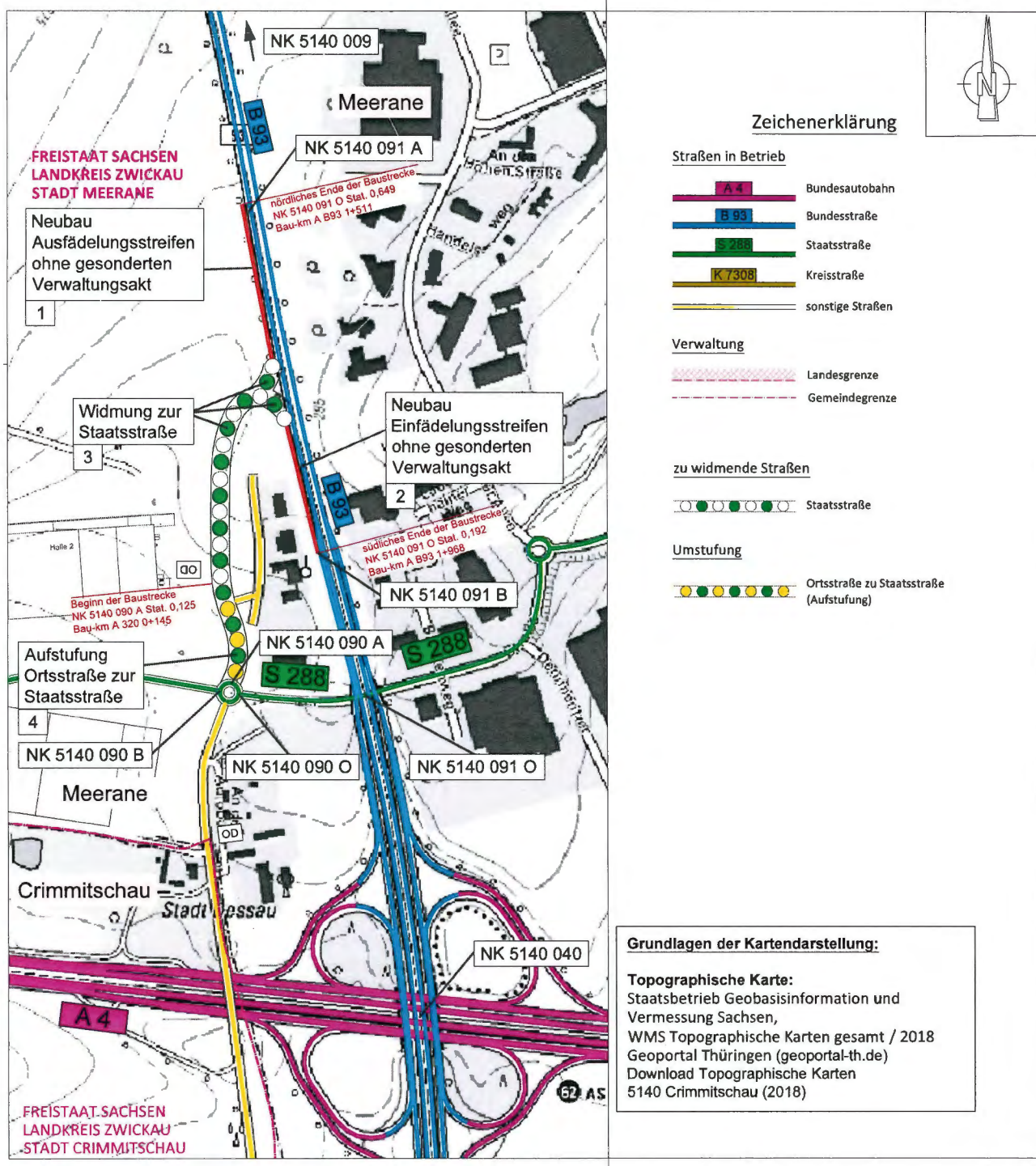
Gegen die Allgemeinverfügungen kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Widerspruch beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden eingelegt werden.

Der Widerspruch kann auch beim

- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Bautzen, Käthe-Kollwitz-Straße 19, 02625 Bautzen;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Zschopau, Sitz Chemnitz, Hans-Link-Straße 4, 09131 Chemnitz;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen, Heinrich-Heine-Str. 23 c, 01662 Meißen;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Leipzig, Maximilianallee 3, 04129 Leipzig;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen, Weststraße 73, 08523 Plauen eingelegt werden.

Dresden, den 29. September 2021

Landesamt für Straßenbau und Verkehr  
Mathias Tegtmeyer  
Abteilungsleiter Zentraler Servicebereich





# Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zur Ausschreibung von digital-terrestrischen Übertragungskapazitäten

Vom 5. Oktober 2021

## I.

Die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (im Folgenden „SLM“) schreibt hiermit vorbehaltlich der Zuordnung geeigneter Übertragungskapazitäten durch die Sächsische Staatskanzlei gemäß § 5 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), das zuletzt durch das Gesetz vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 810) geändert worden ist, folgende Übertragungskapazitäten zur Nutzung für digital-terrestrisch verbreitete Hörfunkprogramme und Telemedien durch private Veranstalter aus:

**jeweils 864 Capacity Units eines Programm-Multiplexes, der innerhalb der nicht teilbaren DAB+-Bedeckung zur Versorgung**

1. **des gesamten Freistaates Sachsen,**
2. **eines Gebiets, das in etwa die kreisfreie Stadt Leipzig sowie die Landkreise Leipzig und Nordsachsen umfasst,**
3. **eines Gebiets, das in etwa die kreisfreie Stadt Chemnitz sowie die Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau umfasst,**
4. **eines Gebiets, das in etwa die kreisfreie Stadt Dresden sowie die Landkreise Bautzen, Oberlausitz, Meißen und Sächsische Schweiz Osterzgebirge umfasst sowie**
5. **des Gebiets der kreisfreien Stadt Dresden mit Umland**

**verbreitet werden soll.**

Die Bedeckungen unter den Nummern 2, 3 und 4 grenzen aneinander und sind auch für die Übertragung landesweiter Angebote mit zeitweise unterschiedlichen Sendungen nutzbar. Die Gebietsausdehnungen der entsprechenden Bedarfsanmeldungen gemäß § 57 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes sind in Abbildung 1 wiedergegeben. Die Gebietsausdehnung des Versorgungsbedarfs unter Nummer 5 ist in Abbildung 2 wiedergegeben.

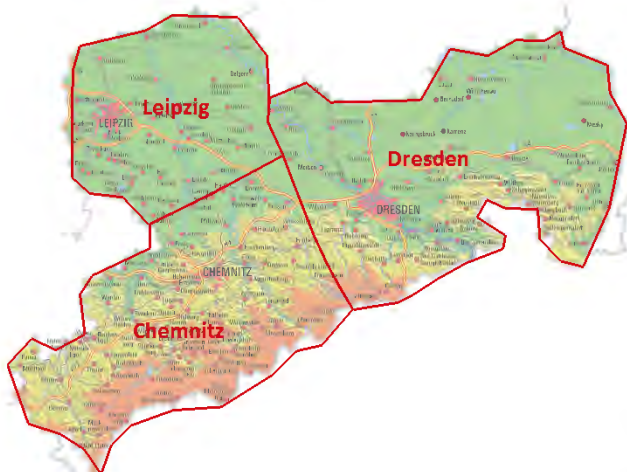


Abbildung 1

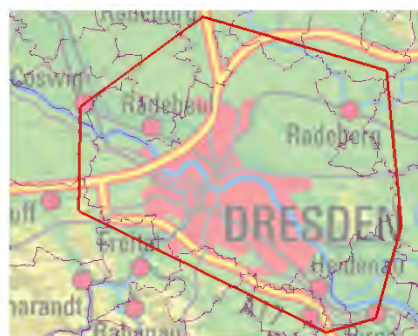


Abbildung 2

Die tatsächlichen Versorgungen resultieren aus den Frequenzkonzepten der noch nicht bestimmten Sendernetzbetreiber. Die Sendernetzbetreiber werden gemäß der ab dem 1. Dezember 2021 geltenden Rechtslage durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen ausgewählt, falls sich die zugelassenen Veranstalter vor dem Start der Multiplexe nicht auf Sendernetzbetreiber einigen können. Die SLM wird mit Eintreten der Bestandskraft der zu erteilenden Zulassungen alle Veranstalter eines Multiplexes unter Fristsetzung zu einem Einigungsversuch auffordern. Nach Ablauf dieser Frist soll die Bundesnetzagentur gebeten werden, die Verfahren zur Auswahl der Sendernetzbetreiber gemäß Verwaltungsvorschrift für Frequenzuteilungen für den Rundfunkdienst einzuleiten.

Die Verbreitung wird im technischen Standard DAB (ETSI EN 300 401) in seiner Variante DAB+ erfolgen. Die Höchstzahl der in einem Multiplex verbreiteten Hörfunkprogramme oder Telemedien resultiert aus dem gewählten Fehlerschutzgrad und Datenreduktionsverfahren. Die SLM geht davon aus, dass zur Gewährleistung einer sachgemessenen Empfangs- und Tonqualität einschließlich der für programmbegleitende Dienste erforderlichen Datenraten in der Regel 60 oder 66 Capacity Units je Programmäquivalent notwendig, aber auch ausreichend sind.

## II.

Es werden Bewerbungen für 24-stündige Hörfunkprogramme in Gestalt von Voll- oder Spartenprogrammen sowie für Telemedien erwartet.

Hinsichtlich der oben unter Ziffer I Nummern 2, 3 und 4 ausgeschriebenen DAB+-Bedeckungen besteht die Möglichkeit, die Bewerbung auch auf zwei oder alle drei Bedeckungen abzugeben.

Bei einer notwendigen Auswahl aus mehreren Bewerbungen haben zunächst jene Antragsteller Vorrang, deren Programme im Gebiet des Freistaates Sachsen am 1. Januar 2001 analog terrestrisch verbreitet wurden. Ansonsten haben jene Antragsteller Vorrang, deren Programme einen signifikanten Anteil redaktioneller Beiträge über das jeweilige Verbreitungsgebiet enthalten und insofern einen

größeren Beitrag zur Programm- und Meinungsvielfalt im Sendegebiet erwarten lassen. Auf die Auswahlkriterien des § 10 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes wird hingewiesen.

Rundfunkveranstalter müssen die Voraussetzungen des § 6 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes erfüllen. Nach § 6 Absatz 3 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes sind unter anderem staatliche Stellen, juristische Personen des öffentlichen Rechts, politische Parteien und Wählergruppen aus Gründen der Staatsferne ausgeschlossen.

Die jeweiligen Zulassungen werden für mindestens acht und höchstens zehn Jahre erteilt. Eine Verlängerung ist möglich (§ 11 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes).

### III.

Die Zulassungsanträge erfordern mindestens folgende Angaben und Nachweise:

1. Name und vollständige Anschrift des Antragstellers;
2. bei juristischen Personen:
  - a) genaue Firmierung mit allen handelsrechtlich relevanten Angaben (Sitz, Geschäftsführung und so weiter),
  - b) Angabe der gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vertreter,
  - c) Vorlage eines Auszugs über die Eintragung in das Handels- oder Vereinsregister (nicht älter als ein Monat),
  - d) Gesellschaftsverträge und Satzungen,
  - e) vollständige Offenlegung aller unmittelbaren und mittelbaren Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse des Antragstellers,
3. Vorlage eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde gemäß § 32 Absatz 3 und 4 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Juni 2021 (BGBl. I S. 1810) geändert worden ist, des Antragstellers beziehungsweise bei juristischen Personen aller Geschäftsführer;
4. Benennung eines Programmverantwortlichen gemäß § 16 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes;
5. ausführliche Beschreibung der Programmvorstellungen inhaltlicher und zeitlicher Art mit Angabe eines Programmnamens sowie Darlegung und Nachweis, inwieweit und in welchem Umfang Programmmulierungen von dritter Seite beabsichtigt sind;
6. Darlegung der vorhandenen oder geplanten personellen, organisatorischen und technischen Möglichkeiten zur Abwicklung des Programmangebotes;
7. Darstellung der finanziellen Voraussetzungen und Planung zur Gewährleistung des Programmangebotes für die Dauer von mindestens fünf Jahren (vorhandenes Eigenkapital, erwartete Einnahmen, Ausgaben, Finanzierungsplan);
8. Angabe und Begründung der benötigten Kapazitätseinheiten (Capacity Units, CU);

Leipzig, den 5. Oktober 2021

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien  
Prof. Dr. Heinker  
Präsident des Medienrates

9. Zusicherung der Bereitschaft zur Einigung auf gemeinsam mit den anderen Veranstaltern im Multiplex zu verwendende technische Parameter und Verfahren sowie
10. Vorlage des ausgefüllten und unterschriebenen Formulars „Erklärung zum Zulassungsantrag“ (abrufbar auf der Homepage der SLM unter [www.slm-online.de](http://www.slm-online.de)).

### IV.

Die SLM fordert hiermit Interessenten dazu auf, Anträge auf Zulassung in vierfacher ungebundener Ausfertigung bis zum Ablauf des

#### 2. Dezember 2021 (Ausschlussfrist)

bei der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, Ferdinand-Lassalle-Straße 21, 04109 Leipzig, einzureichen. Danach eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

Die Zulassungsanträge müssen alle Angaben enthalten, die eine Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien ermöglichen. Unvollständige Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Ein früher an die SLM gerichteter Antrag auf Rundfunkzulassung ersetzt nicht eine Bewerbung auf diese Ausschreibung. Dies gilt auch für den Fall, dass die frühere Bewerbung die hier ausgeschriebene Kapazität betrifft. Eine Bezugnahme auf frühere in anderem Zusammenhang gemachte Angaben oder übergebene Unterlagen ist nicht zulässig.

### V.

Die SLM erhebt für Amtshandlungen Gebühren und Auslagen nach § 35 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes in Verbindung mit der Satzung der SLM über die Erhebung von Gebühren und Auslagen (Gebührensatzung) vom 20. Oktober 2008 (SächsABl. S. 1636). Danach ist für eine terrestrische Zulassung zum Beispiel eines Hörfunkvollprogrammes ein Gebührenrahmen von 1 500 bis 6 000 Euro vorgesehen.

Für die im Rahmen des Verfahrens entstehenden Verwaltungskosten wird ein **Kostenvorschuss in Höhe von 250 Euro** erhoben, der auf die endgültig zu zahlende Gebühr, auch bei Erfolglosigkeit der Bewerbung, anzurechnen ist. Bei Anträgen eines Bewerbers auf Zulassung von mehreren Programmen zur Verbreitung auf einer oder mehreren Kapazitäten ist der Kostenvorschuss **pro Programm und pro Kapazität** zu überweisen, jeweils separat unter Angabe des Programmnamens und der Kapazität im Verwendungszweck auf das Konto der SLM bei der HypoVereinsbank, IBAN DE60 8602 0086 0357 8590 00, BIC HYVEDEMM495. Ist ein Eingang des Betrages auf dem Konto der SLM nicht spätestens zwei Wochen nach Eingang der Bewerbung zu verzeichnen, so kann der Antrag als – ebenfalls kostenpflichtig – zurückgenommen betrachtet werden.

---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

14. Oktober 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 